

AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 • 82323 Tutzing • Telefon 08158/256-0 • Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> • E-mail: B.Bachmann@apb-tutzing.de



Zehn Jahre nach der Grenzöffnung

„Ich bin bei den deutschen Sozialdemokraten in die Schule gegangen“, beschrieb Gyula Horn, Star-gast auf der Tagung „1989 - Die Überwindung der SED-Diktatur“ seinen persönlichen „Wandel durch Annäherung“. Als ungarischer Gesprächspartner des Westens war der spätere gewählte Ministerpräsident (1994-98) bereits in den 70er Jahren mit Willy Brandts Ostpolitik in Berührung gekommen. Am 11. September 1989 ließ der damalige Außenminister Horn Zehntausende DDR-Bürger von ihrer „Zwischenstation“ in Ungarn in den Westen ausreisen. Ein ausführlicher Bericht folgt im nächsten Heft.



Gyula Horn: vom einstigen Kommunisten zum Demokraten und NATO-Verfechter
Foto: Giannios

Polens Zukunft in Europa



Lech Walesa: Wertbindung der Politik am christlichen Dekalog gefordert.
Foto: Schröder

Der gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Wandel in den Ländern des kommunistischen Ostblocks spielte im Herbst 1999 noch in einer anderen Veranstaltung eine zentrale Rolle. Beim Akademiegespräch im Bayerischen Landtag referierte der geistige Motor der Revolution in Polen und spätere Staatspräsident Lech Walesa über die zukünftige Rolle Polens in der Europäischen Gemeinschaft und in einer sich zunehmend globalisierenden Welt.

Siehe Seite 7

Akademie jetzt auch im Internet

<http://www.apb-tutzing.de>

Ab sofort ist unsere Akademie auch im Internet mit einer eigenen Homepage präsent. Hier können alle Interessierten weltweit neueste Informationen aus der Akademiearbeit abfragen und den aktuellen Themen- und Terminkalender unserer Tagungen erfahren. Selbstverständlich sind auch Anmeldungen per E-mail möglich. (Adressen siehe S.31). Den kompletten Akademie-Report gibt es aber weiterhin nur als Zeitschrift in gedruckter Form.

50 Jahre Volksrepublik China:

Der große Drache

Der 1. Oktober 1999 war der 50. Jahrestag der Ausrufung der Volksrepublik China durch Mao. Anlaß genug, dem Reich der Mitte eine eigene Tagung zu widmen. Im Mittelpunkt standen Fragen nach der Entwicklung Chinas zwischen Modernisierung und Tradition, den sozialen und politischen Folgen der marktwirtschaftlichen Reformen, den Zukunftsperspektiven von Politik und Wirtschaft im Umfeld der Asienkrise und den Konfliktpotentialen in der Region. Chinesische und deutsche Fachleute aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik sorgten für kontroverse Diskussionen.

Siehe Seite 3

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Der große Drache - China nach 50 Jahren Volksrepublik	3
Polens Zukunft in Europa	7
Bestandsaufnahme der Transformation in Südosteuropa	9
Widerstand in zwei deutschen Diktaturen	11
Spionagebekämpfung nach der Wende	16
Osteuropäische Führungskräfte in der Akademie	19
Politisches Lernen online	20
Das neue Einbürgerungsrecht auf dem Prüfstand	23
Live dabei bei Bayern-Live	24
Akademie vor Ort: Besuch in der Drehbuchwerkstatt	24
Förderkreis	25
Zeitungsecho - Medienstimmen - Pressesplitter	26
Rezensionen - Neuerscheinungen - Publikationen	29
Themen - Tagungen - Termine	31
Namen und Nachrichten / Anmeldeformular	36

Direktor der Akademie:
Prof. Dr. Heinrich Oberreuter
Vorsitzender des Kuratoriums:
Prof. Dr. Hans Maler
Vorsitzender des Beirats:
Siegfried Kett

Kollegium:
Dr. Horst Denzer, Dozent
Grundsatzfragen von Staat und Politik,
Internat. Politik

Gebhard Diemer, M.A., Dozent
Internat. Politik, Pol. Ideengeschichte

Klaus Grosch
Internat. Politik, Landeskunde, Sozial-
politik und -arbeit, Erwachsenenbildung

Dr. Peter Hampe, Dozent
Wirtschafts- und Sozialpolitik, Politische Bildung

Dr. Uwe Kranenpohl
Pers. Referent des Direktors
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Jürgen Maruhn, Dipl. Volkswirt
Partelendemokratie, Extremismus,
Sicherheitspolitik

Dr. Michael Piazolo, Dozent
Europapolitik, Staats- und Verfassungsrecht,
Rechtspolitik

Dr. Michael Schröder, Dozent
Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Jürgen Weber, Dozent
Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz Willenborg
Gesellschaft und Umwelt,
Sozialpolitik und -arbeit

Organisationsreferat:
Elke Lelsching
Dipl.-Betriebswirtin (VWA)

Akademie-Report

Herausgeber:

Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82323 Tutzing
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
E-Mail: B.Bachmann@apb-tutzing.de

Redaktion:

Prof. Dr. Dr.hc. Heinrich Oberreuter
(verantw.)

Dr. Michael Schröder
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: Karin Sittkus

Druck:

Offsetdruck Schwarz GmbH
Rohrauerstraße 70 81477 München

Logo: KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

Der große Drache - China nach 50 Jahren Volksrepublik

Am 1. Oktober 1999 jährte sich zum 50. Mal die Ausrufung der Volksrepublik China durch Mao Zedong auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking. Aus diesem Anlaß hatte die Akademie vom 17. - 19. September zu einer China-Tagung geladen. Spannend waren die Fragen der Entwicklung Chinas zwischen Modernisierung und Tradition, der sozialen und politischen Folgen der marktwirtschaftlichen Reformen, der Zukunftsperspektive von Chinas Politik und Wirtschaft im Umfeld der Asienkrise und der Konfliktpotentiale in der Region. Dabei muß man sich immer der Riesenaufgabe bewußt sein: In Europa und Amerika leben 1 Mrd. Menschen auf über 50 Staaten verteilt, in China 1,2 Mrd. in einem Staat. Welche Verantwortung für die Regierung! Referenten aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft, deutsche und chinesische Fachleute sorgten für eine fruchtbare und kontroverse Diskussion.

China - eine große Kulturnation: Tradition und Modernisierung

Dr. Marie-Luise Nähth von der Universität Saarbrücken sprach von der Besonderheit des politischen Systems Chinas, „das sich nicht allein erheblich von den parlamentarisch-repräsentativen, präsidentiellen oder auch konstitutionellen Demokratien unterscheidet, sondern auch von allen anderen Herrschafts- und Gesellschaftsordnungen“ der Geschichte. Das „doktrinär gebundene Einparteisystem marxistisch-leninistischen Typs“ erkläre sich aus vier historischen Zusammenhängen: der Vollendung des chinesischen Weltzeitalters Ende des 18. Jahrhunderts; dem Ausbleiben einer einheitlichen europäischen Kolonialherrschaft über das Kerngebiet Chinas im ganzen 19. Jahrhundert; der unterlassenen Hilfeleistung von außen beim Aufbau einer parlamentarisch-repräsentativen Demokratie in China;

„Das kommunistische Propagandalied ist unzutreffend, ohne kommunistische Partei gäbe es kein China mehr.“

schließlich: Japans Versuch Ende der dreißiger Jahre, China einer einheitlichen Kolonialherrschaft zu unterwerfen.



Marie-Luise Nähth: Außergewöhnliches politisches System
Fotos: Leuffen, Giannios

Aber nicht nur das politische System, auch die chinesische Kultur sei außergewöhnlich. Es handle sich hier um „die größte, zählestige und vor allem auch die leistungsfähigste unter den frühen Hochkulturen in der Menschheitsgeschichte“. Die zahlreichen kulturellen Einflüsse von außen durch Invasion und Usurpation seien absorbiert und transformiert worden, wobei die Chinesen „selbst in bitterster Unterwerfung souverän und subjektiv überlegen blieben“. „Nach einem insgesamt

glücklich empfundenen Dasein im 18. Jahrhundert sollte das 19. Jahrhundert innerhalb Chinas von größter Dramatik gekennzeichnet werden.“ Aufgrund des Bevölkerungsreichtums in China zu Beginn des 19. Jahrhunderts (weit über 300 Millionen Menschen) sei es zu einer „akuten Verknappung der eigentlich üppigen natürlichen Ressourcen des Landes“ gekommen. Die erforderliche Innovation und Modernisierung sei durch die „überreichlich verfügbare und beschämend billige Arbeitskraft“ gebremst worden. Zu wirtschaftlichen hätten sich gesellschaftspolitische Probleme gesellt: Elend, Unterernährung und Ausbeutung der Massen bei gleichzeitigem Prunk und Luxus der sozialen und politischen Eliten und in der Folge etliche Aufstände und Bürgerkriegsbewegungen. Despotismus, Herrenlosigkeit und Chaos kennzeichneten diese Phase. Zusätzliche Kriege von außen, Hungersnöte und Seuchen hätten die chinesische Bevölkerung im Laufe des 19. Jahrhunderts um etwa 100 Millionen Menschen reduziert.

Ende des 19. Jahrhunderts sei Sun Yat-sen, Chinas erster Revolutionär, hervorgetreten, der „Stifter einer nationalen Ideologie für China“, der „geistige Urheber der chinesischen Nation“. Aus der von ihm gegründeten Bewegung sei in den 20er Jahren die Nationale Volkspartei Chinas, die Kuomintang, hervorgegangen. Obwohl mehr als 120 Jahre ohne starke Zentralgewalt, habe sich die Partei Ende der 20er Jahre „quasi in Lichtgeschwindigkeit“ als „zukunftsträchtigste unter allen rivalisierenden Kräften“ durchgesetzt. Die Partei sei jedoch nicht an die Macht gewählt, sondern „der chinesischen Bevölkerung von einer siegreichen Bürgerkriegsarmee aufgekrottet worden“. Die große Mehrheit der Chinesen habe sich nach einem Ende des Chaos gesehnt und auf die Rigorosität der neuen Herrscher mit Unterwerfungsbereitschaft reagiert. „In der Annahme, schlimmer als es sei, werde es auf keinen Fall kommen, sahen sich jedoch alle bis heute getäuscht.“

Wirtschaftliche Modernisierung und gesellschaftliche Folgen in China

Nachdem Dr. Rüdiger Machetzki, Dr. Markus Taube und die Unternehmensberaterin Ju Kexin detailliert Modernisierung und Entwicklungschancen von Chinas Wirtschaft dargestellt hatten, referierte Prof. Dr. Liang Yong von der Fachhochschule Konstanz, früher Universität Shanghai, über den tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel, zu dem es infolge des ökonomischen gekommen sei.

Von der Selbstlosigkeit zur Ichbezogenheit

Die chinesische Gesellschaft habe sich neu strukturiert. Noch bis Anfang der 80er Jahre sei jeder Chinese in einer Lebens- und Arbeitsgemeinschaft organisiert gewesen, der sogenannten Danwei (chinesisch für Grundeinheit). Sie habe politische und soziale Kontrolle ausgeübt, aber auch Schutz gewährt in ihrer Funktion als Sozialsystem.

Mit Beginn der Wirtschaftsreformen hätten sich die Danwei allmählich aufgelöst, ihre Abhängigkeit vom Staat habe sich stark verringert und das traditionelle Kollektivbewußtsein sei weitgehend verschwunden. Heute bestehende Einkommensunterschiede der Danwei untereinander und auch innerhalb dieser Gemeinschaften zögen Mobilität bei Beschäftigung und Beruf nach sich, „was vor 20 Jahren überhaupt undenkbar war“. Durch die



Liang Yong: „Wenn China sich weiterentwickeln will, muss der Reformkurs unbedingt weitergeführt werden“

reduzierte soziale Verantwortung sei die Danwei heute „nur noch der Ort für Arbeit, nach Feierabend ist die Firma nicht mehr zuständig“.

Das lange gültige „grundlegende Orientierungsmuster“ Kollektivismus, in dem das Individuum stets dem Kollektiv untergeordnet und Individualismus mit Egoismus gleichgesetzt wurde, sei durch ein neues, ichbezogenes Selbstkonzept abgelöst worden. Laut Befragungen, die Liang selbst in der Volksrepublik durchgeführt hat, sehe als Ziel ihrer Berufswahl über 40% der Chinesen die Bestrebung nach persönlicher Entwicklung und nur 18% den Beitrag zur gesellschaftlichen Ent-

wicklung. Als Lebensziel nannten über 65% ein Leben nach eigenen Vorstellungen und nur 5% Arbeit im Interesse der Gesellschaft.

Die derzeitige Tendenz führe China weg von einer einheitlichen Systemkultur hin zu einer globalistischen Orientierung. Globalisierung würde nicht als Gefahr gesehen, sondern als Chance, „sich an dem großen internationalen Wirtschaftskreislauf beteiligen zu können“. Internationalisierung werde in China als pragmatische Anpassung an internationale, vorwiegend westliche Formen verstanden. Besonders auf die Jugend in China wirke der Einfluß westlicher Kulturvorstellungen.

Mit dieser „Verwestlichung“ gehe allerdings ein Zurückdrängen der chinesischen Kultur, der Verlust von traditioneller Moral und Tugend einher. Durch übertriebene Ichbezogenheit käme es zu „Verzerrungen der zwischenmenschlichen Beziehungen“. Der moralischen Krise und dem Orientierungsverlust werde durch eine Rückbesinnung auf die alte, konfuzianisch geprägte Kulturtradition entgegengewirkt.

Zukunftsperspektiven

„Wenn China sich weiterentwickeln will, muß der Reformkurs unbedingt weitergeführt werden.“ Dabei verfolge man weiterhin eine „gradualistische Strategie“, die Maßnahmen vor allem in der Aufgangsphase nicht radikal, sondern schrittweise einzuführen versuche. Der Aufbau eines stabilen Rechtssystems stünde noch aus. Zwar habe man in den letzten 20 Jahren zahlreiche neue Gesetze eingeführt, die Justiz sei aber noch nicht unabhängig. Wirtschaftsreformen durchzusetzen sei heute wesentlich schwieriger geworden, da nahezu jede Maßnahme „auf den Widerstand der einen oder anderen Interessengruppe“ stoße. Daher benötige man reformwillige Politiker. Insgesamt gab sich Liang optimistisch, nicht aus Vertrauen in die Fähigkeit der Regierung, sondern gegenüber den Menschen. Eine neue Generation wachse heran, die nach ihrer Ausbildung in den USA, Europa und Japan mit fließenden Sprachkenntnissen und Erfahrungen mit den westlichen Systemen nach China zurückkehre.



Wider-Sprüche

Näth: "China ist momentan innerlich nicht stabil."

Sandschneider: "China ist ein Pulverfaß. Es reicht ein Fünkchen, um alle sozialen Probleme, die sich zusammengebraut haben, zum explodieren zu bringen."

Zhang: "Die KP läßt sich immer etwas einfallen, um die Lage zu stabilisieren. Neuerdings gibt es 30 % Lohnerhöhung für alle Beamten."

Ju: "Das ist eine Laientat. Wirtschaftswissenschaftlich ist diese Lohnerhöhung ein Unsinn. Sie hatte einen politischen Hintergrund."

Lu: "China hat viel für das autonome Gebiet Tibet getan, zum Beispiel hohe Subventionen."

Sandschneider: "Was in Tibet gegenwärtig passiert, ist eine bodenlose Tragödie. Kultur wird mit den Füßen getreten, es wird eine gnadenlose Sinisierungspolitik betrieben."

Sandschneider: "China hat kein Interesse an einer militärischen Auseinandersetzung mit Taiwan. Wenn sie anfangen, müssen sie auch gewinnen. Das aber ist in Frage gestellt."

Liu: "Wir versprechen niemals den Verzicht auf Gewaltanwendung."

Lu: "Niemand hat größeres Interesse am Frieden als China selbst."

Sandschneider: "China ist der Fels in der Brandung. Die Volksrepublik gibt der Region ökonomische Stabilität."

Taube: "Chinas Finanzsystem ist maroder als das Südostasiens. Das ist eine Zeitbombe, die tickt."

Lu: "China ist in zunehmendem Maße im wirtschaftlichen Bereich ein wichtiger Stabilitätsfaktor."



Über die wirtschaftliche Modernisierung und Öffnung diskutierten neben Prof. Dr. Liang Yong v.l.: Dr. Rüdiger Machetzki, Dr. Peter Hampe, Ju Kexin und Dr. Markus Taube

Die Referenten

I. Geschichte und Kultur - Tradition und Entwicklung

Referat:	Dr. Marie-Luise Näth
Diskussionsforum:	Dr. Marie-Luise Näth Prof. Dr. Peter Opitz Prof. Dr. Roderich Ptak Prof. Zhang Renli
Moderation:	Prof. Dr. Jürgen Domes

II. Partnerschaft Bayern - Shandong

Referate:	Shen Lei Ewald Pangerl Stefan Albat
Moderation:	Dr. Horst Denzer

III. Wirtschaftliche Modernisierung und Öffnung

Referat:	Dr. Rüdiger Machetzki
Diskussionsforum:	Ju Kexin Prof. Dr. Liang Yong Dr. Rüdiger Machetzki Dr. Markus Taube
Moderation:	Dr. Peter Hampe

IV. Gesellschaftliche Folgen der wirtschaftlichen Modernisierung

Referat:	Prof. Dr. Liang Yong
Diskussionsforum:	Prof. Dr. Jürgen Domes Prof. Dr. Liang Yong Sabine Pfaar
Moderation:	Prof. Dr. Heinrich Oberreuter

V. China in der internationalen Politik

Referate:	Prof. Dr. Eberhard Sandschneider Lu Wenjie, Botschaftsrat
Diskussionsforum:	Lu Wenjie Prof. Dr. Gottfried-Karl Kindermann Prof. Dr. Eberhard Sandschneider
Moderation:	Prof. Dr. Peter Opitz

Chinas Rolle als Weltmacht und Ordnungsmacht in Asien

Professor Dr. Eberhard Sandschneider von der Freien Universität Berlin nannte als Grundzüge der chinesischen Außenpolitik Souveränität, Kooperation, Sicherheit und Stabilität.

macht sei China noch nicht, habe aber die Potentiale dazu; es in einigen Jahrzehnten zu werden. Um Ordnungsmacht in Asien zu sein, müßte die Volksrepublik in der Lage sein, Ord-



Aus dem Diskussionsforum über Chinas Rolle in der internationalen Politik v.l.: Prof. Dr. Karl-Gottfried Kindermann, Botschaftsrat Lu Wenjie und Prof. Dr. Peter Opitz

Während in der westlichen Welt Souveränität abgegeben werde, um Handlungsfähigkeit zu gewinnen, sei China „frei von jeglicher Form von Souveränitätsabgabe“, bedingt durch das Trauma, jahrhundertelang Spielball fremder Mächte gewesen zu sein.

„Kein anderer Staat sucht derart nach Wahrung der Souveränität wie China“

Kooperations- und Dialogbereitschaft habe die Volksrepublik in Wirtschaftsfragen bei der APEC, in Sicherheitsfragen des ASEAN Region Forums und in den Vereinten Nationen, etwa durch Stimmenthaltung, gezeigt. Die Außenpolitik sei aber „zweigleisig“ zwischen Entspannung und Aufrüstung angelegt. China sei immer noch bereit, „nationalstaatliche Außenpolitik unter Anwendung militärischer Mittel zu betreiben“. Angesichts eines drohenden Stabilitätsverlustes in China sagte Sandschneider: „Niemand vermag zu prognostizieren, ob das implodiert oder explodiert.“

Hinter den Titel „China als Weltmacht und Ordnungsmacht in Asien“ sei ein Fragezeichen zu setzen. Denn Welt-

nung zu schaffen. Sie sei jedoch stets mit ihren ureigenen Interessen in die Konflikte involviert.

Unabhängige Friedensaußenpolitik der Volksrepublik China

Botschaftsrat Lu Wenjie von der chinesischen Botschaft in Bonn nannte als Grundprinzipien: Unabhängigkeit, die Wahrung der Souveränität und territorialen Integrität Chinas sowie des Weltfriedens. Leitlinien der chinesischen Außenpolitik seien „gutnachbarschaftliche Beziehungen mit allen Nachbarstaaten“, „normale zwischenstaatliche Beziehungen mit allen Ländern der Welt“, Festhalten an der Öffnungspolitik und die Errichtung einer „gerechten und fairen Neuordnung in der Weltpolitik und Weltwirtschaft“. China sei sich seiner Verantwortung für Frieden und Stabilität, Entwicklung und Prosperität der Welt bewußt und wolle eine „aktive, konstruktive und stabilisierende Rolle in der Region und in der Welt spielen“. Die jüngste Äußerung des taiwanesischen Präsidenten Lee Teng-hui, die taiwanisch-chinesischen Beziehun-

gen seien die zweier Staaten, nannte Lu „unverhohlen“, und wertete sie als Versuch, „das Territorium und die Souveränität Chinas zu teilen und Taiwan von China abzuspalten“. Es handle sich um eine „ernsthafte Provokation des von der internationalen Gemeinschaft anerkannten Ein-China-Prinzips“. Das Festland treibe die Wiedervereinigung jedoch weiter voran. Der Botschaftsrat endete mit einem Lob auf die seit 27 Jahren bestehenden deutsch-chinesischen Beziehungen. Von den „engen Konsultationen und der guten Zusammenarbeit in wichtigen globalen Fragen“ profitiere auch der Weltfrieden.

Peking und Taiwan

Nach Professor Dr. Gottfried-Karl Kindermann, Universität München, haben die jüngsten Äußerungen des taiwanesischen Präsidenten Lee Teng-hui auf dem Festland Angst vor taiwanesischem Separatismus ausgelöst. Teng-hui könne aber seine Aussage ohne Gesichtsverlust nicht zurücknehmen, was die Volksrepublik fordert. Nur ein neuer Präsident könne seine Amtszeit unter anderen Leitlinien beginnen. Daher würde mit Spannung die Präsidentschaftswahl im März 2000 erwartet.

Die VR China praktiziere indessen die „Brinkmanship-Strategie“, ein Beinahe-Herbeiführen der Katastrophe, um die gegnerische Seite zum Einlenken zu bringen. Taiwan habe sein Verteidigungsvermögen durch Ankäufe in USA und Frankreich gestärkt. Im Ernstfall sei von taiwanesischer Seite

„Das Konzept ‘ein Land, zwei Systeme’ hat große Vitalität bei der Wiedervereinigung des Vaterlandes gezeigt.“

„keine Landung à la Normandie“ zu erwarten, sondern eher einzelne, gezielte Beschüsse. Die „sehr intensiven wirtschaftlichen und auch zwischenmenschlichen Beziehungen zwischen China und Taiwan“ ließen derweil ungestört weiter. ■

**Dr. Horst Denzer
Susanne Giannios**

Polens Zukunft in Europa

Der polnische Ex-Präsident Lech Walesa beim Akademiegespräch im Landtag*

Polen wechselte aus dem Einflussbereich des Ostens in den Einflussbereich des Westens, vom Mitglied des Warschauer Paktes wurde es zum NATO-Mitglied. Ohne ihre geographische Lage verändert zu haben, hat meine Heimat einen fast gänzlich veränderten Platz auf der politischen Karte des Kontinents angenommen.

Das zu Ende gehende Säkulum war ein Jahrhundert der Kriege, der Vernichtung, des Massenmordes und der Invasionen. Die Lage meines Landes, die Lage zwischen zwei Großmächten, war damals ein Fluch. Diese Großmächte zerquetschten mein Land wie Mühlsteine. Unsere Grenzen waren im Osten als auch im Westen mit Blut befleckt. Heute hat sich die Situation völlig verändert.

Nach den Ereignissen in Polen fiel die Berliner Mauer. Mit ihr riss das bipolare, auf Konfrontation ausgerichtete Weltmodell ein. Zu Asche wurde auch die Philosophie, dass man Werte auf Kosten der anderen erreichen kann, dass man, um etwas zu haben, es einem anderen wegnehmen muss. Heute werden Werte anders geschaffen, auf dem Wege der Zusammenarbeit und des Austausches. Die Lage meiner Heimat wird aus dem Fluch zum Segen. Man kann Polen auf dem Weg aus dem Westen in den Osten und aus dem Norden in den Süden weder übergehen noch überspringen. Welch wunderbarer Ort, um hier Geschäfte zu machen!

Die Republik Polen ist ein vollberechtigtes NATO-Mitglied und die volle Mitgliedschaft in den europäischen Strukturen erscheint am Horizont weniger Jahre. Polen ist nicht nur ein vierzig Millionen großer Markt, es ist auch ein Transitfeld, eine große Baustelle und ein Ort der Umgestaltung. Die Verwirklichung sozialer Utopien hat Millionen von Opfern mit sich gebracht. Die Durchführung ökonomischer Utopien zog Millionen Verluste



Hoher Besuch im Hohen Haus: Landtagsvizepräsident Ritzer, Akademiedirektor Oberreuter, Festredner Walesa, Dolmetscherin Zimmermann, Landtagspräsident Böhm und Polens Generalkonsulin Jolanta Kozlowska

Foto: Poss

nach sich und verfehlte Investitionen, die man jetzt korrigieren muss. Eine Generalrenovierung hat sehr hohe Kosten zur Folge. Doch heute entfallen schon mehr als drei Viertel unserer Produktion auf den privaten Bereich. Im Vergleich zu den übrigen früher kommunistischen Ländern verzeichnet unser Land den höchsten Wachstumsindex. Uns zeichnet auch ein hoher Grad wirtschaftlicher Unabhängigkeit aus.

Neuer Marshallplan

Es ist hier zu unterstreichen, dass Wohlstand Sicherheit bedeutet und in der Regel auch ein höheres Wirtschaftswachstum. Man braucht keine Angst vor der Konkurrenz zu haben. Wovor man Angst haben muss, ist, dass es den Ort nicht geben wird, an dem man die eigene Ware absetzen kann. Wenn die Polen nicht reich genug werden, so werden sie niemals Ihre BMW's kaufen.

Der Kalte Krieg wurde gewonnen, aber noch nicht - in wirtschaftlicher Hinsicht - der ihm folgende Frieden.

Also denke ich, dass man einen neuen Marshall-Plan für Mittel- und Osteuropa vorschlagen müsste, einen Marshall-Plan der neuen Generation. Man soll ihn nicht als Almosen betrachten, sondern als Maßnahme einer langfristig konzipierten Politik. Es ist allgemein bekannt, dass Kriege und Unruhen von hungrigen und frustrierten Menschen ausgelöst werden. Ein Marshall-Plan der neuen Generation wird es uns erlauben, die ersten Dekaden des kommenden Jahrhunderts im Frieden zu verbringen. Wir werden in der Lage sein, in Polen und Russland ein Wirtschaftswunder zu erleben und uns über das steigende Niveau des Warenaustausches und der allgemeinen Sicherheit zu freuen. All dies würde dazu beitragen, nach dem Kalten Krieg auch den Frieden zu gewinnen.

Auch die Ökologie kennt keine Grenzen. Die Katastrophe von Tschernobyl hat uns gelehrt, dass Bedrohungen nicht nach einem Visum fragen und keine Rücksicht auf die Schlagbäume an den Grenzen nehmen. Aber das ist noch nicht alles - die amerikanischen

* in Auszügen,

Übersetzung: Lidia Zimmermann

Hurrikane beeinflussen das Wetter, von dem auch die polnische Landwirtschaft abhängig ist.

Wenn die indonesischen Wälder brennen, machen sich die Menschen in Malaysia Sorgen. Wir werden immer mehr zu einer Struktur, zu einem System, in dem die Veränderung eines Elements die Veränderung aller anderen zur Folge hat. Wir müssen wissen, dass wir nicht allein dastehen, also dürfen wir auch nicht ichstüchtig sein. Es gibt auch für die Wirtschaft keine Grenzen mehr. Warschau reagiert auf Veränderungen an der Börse in Tokio. Die „asiatischen Tiger“ sind der Meinung, dass der Zustand ihrer Wirtschaft das Ergebnis der Handelsweisen eines britischen Bankiers (ungarischer Abstammung) ist. Die großen Konzerne haben ihren nationalen Charakter verloren: der Vorstand hat seinen Sitz in einem Land, die Aktionäre leben in einem anderen Land und die Industriebetriebe befinden sich wiederum an einem ganz anderen Ort. Mit Hilfe von Glasfasern werden Milliarden als elektronisches Geld von einem Weltende ans andere gepumpt. Es sind Milliarden, die ihre Existenzberechtigung nur im Computer haben.

All das wird durch die Erfordernisse der Globalisierung an uns gestellt. Europa wird zu einer Einheit, ob wir es wollen oder nicht. Der Prozess der Vereinigung des Kontinents ist nicht nur von dem Willen der politischen Eliten abhängig. Er ist auch - und vielleicht ist er das vor allem - die Funktion des Grades der zivilisatorischen Entwicklung. Heute ist die Errichtung von Mauern, die Völker oder auch Systeme trennen, erstens zu kostspielig und zweitens nicht mehr wirksam.

Wertorientierung an den 10 Geboten

Europa wird zu einer Einheit - das ist sicher. Was nicht sicher ist, sind die Werte, auf deren Grundlage die Vereinigung stattfindet. Die Wirtschaft und der Wille der Politiker allein sind hier nicht ausreichend. Man muss ein Gefühl der Identität und der Eigenart ausgeprägt haben. Diese wiederum werden auf der Grundlage der Werte kreiert, zu denen man sich bekennt. Die Anhänger des Liberalismus sagen, dass man alles auf der Grundlage des

Rechtes zu gründen habe. Aber ein Recht ohne Geist wird nur ein toter Buchstabe bleiben. Polen ist in den fünfzig Jahren durch eine harte Prüfung gegen die aus dem Osten importierte totalitäre Unterdrückung gegangen, um sein europäisches Wesen aufrecht zu erhalten. Es gab uns das Wissen darüber, auf welche Werte wir uns stützen können. Es ist vor allem die tausendjährige christliche Tradition, und es ist vor allem der Dekalog. Die Grundlage für die zwischenmenschlichen Beziehungen in Europa sind die zehn Gebote. Diese Gebote können eben auch das Fundament für unser gemeinsames Europäisches Haus werden.

Globalisierung und Provinzialität

Es scheint, dass die Spannung zwischen den globalen Herausforderungen auf der einen Seite und der Provinzialität der Verhältnisse auf der anderen die größte Gefahr für unsere Zeit darstellt. Dies kommt in jeder Gemeinschaft vor, wenn Egoismus die Oberhand gewinnt über die Pflichten, die sich aus dem gemeinschaftlichen Zusammenleben ergeben. Wir müssen uns unserer Verantwortlichkeit bewusst bleiben - der Verantwortung für unseren Kontinent, für unsere Erde, den Planeten der Menschen. Egoismus ist in diesem Fall entweder gleichzusetzen mit politischer Blindheit oder Dummheit.

„Weimarer Dreieck“ als Rückgrat

Welchen Platz nimmt Polen auf der Ebene der internationalen Politik ein und welchen in der europäischen Politik? Ich meine, dass es zwei Funktionen haben sollte. Erstens sollte Polen zu einer Brücke zwischen dem Westen und dem Osten werden, es sollte die Rolle eines Vermittlers sowie eines Dolmetschers einnehmen. Wir verfügen über sehr gute Kenntnisse der einen, wie auch der anderen Seite. Das Wissen unserer Zeit - die Kenntnis der Psychologie, der Denkarten und der Gewohnheiten - kann sich als ein viel wertvollereres Gut erweisen als eine finanzielle Sacheinlage.

Indem die Geschichte uns keinerlei schwere Erfahrungen erspart hat, gab sie uns jenes tiefgründige Wissen, das aus solchen Erfahrungen hervorgeht. Diese Gabe wollen wir in das gemeinsame europäische Haus einbringen. Zweitens müssen wir die polnisch-deutsch-französische Freundschaft im Rahmen des sogenannten „Weimarer Dreiecks“ weiter entwickeln. Wenn wir einen Blick auf die Landkarte werfen, so können wir leicht feststellen, dass die Linie, die Warschau, Berlin und Paris verbindet, wie die Wirbelsäule desjenigen Tieres verläuft, dessen Name Europa lautet. Wir sind das Rückgrat des Kontinents. Das Rückenmark ist ein empfindlicher Teil des Organismus, man darf es keinen schweren Erschütterungen und Verletzungen aussetzen.

Die Bundesrepublik Deutschland kann ein Modell sein für das Zusammenleben von Nationen im künftigen, schon nahezu vereinten Europa, in dem Polen neben Deutschen und Franzosen werden leben können. Die Deutschen waren imstande, ihre Niederlage in einen Sieg umzuschmieden, ein Land aufzubauen auf neuer föderativer Grundlage. Polen und anderen heute postkommunistischen Ländern wurden ähnlich schmerzhafte Erfahrungen zuteil. Wir lebten ein halbes Jahrhundert lang unter dem Joch eines anderen, nicht weniger mörderischen Totalitarismus. Wir traten aus ihm hervor, widerstandsfähig gegen seine Täuschungen und Versuchungen. Es gibt im Gartenbau die Erfahrung, dass die empfindlichsten Blumen am besten gedeihen, wenn sie an wilde Sorten gepflanzt werden. Die Rosen sind hier ein gutes Beispiel. Die Zeit des Kommunismus war für Polen und die Polen ein Fluch, aber die Lehre, die wir aus ihr ziehen können, wird nun zu einem Segen. Europa hat am Ende des 20. Jahrhunderts zwei schreckliche Totalitarismen abgeschüttelt und steht jetzt - an der Schwelle zum neuen Jahrtausend - vor einem sauberer, noch unbeschriebenen Blatt seiner Geschichte. Was wir auf dieses Blatt schreiben werden, ist ein großes Frazeichen und eine große Verantwortung - auf der Seite Polens wie auch Bayerns. ■

Bestandsaufnahme der Transformation in Südosteuropa

Die Internationale Hochschulwoche der Südosteuropa-Gesellschaft, seit vielen Jahren in Kooperation mit der Akademie für Politische Bildung durchgeführt, widmete sich vom 4. bis 8. Oktober dem Thema: „10 Jahre danach - Versuch einer Bestandsaufnahme der Entwicklungen und Trends zum demokratischen Rechtsstaat und zur sozialen Marktwirtschaft in einigen MSOE-Ländern.“ Ungarn, Bulgarien, Tschechien, Rumänien und die Slowakei wurden von herausragenden Fachleuten nicht nur daraufhin untersucht, ob und in wie weit neues Verfassungsrecht in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft geschaffen wurde, sondern vor allem, ob diese Rechtsnormen auch die Rechtswirklichkeit bestimmen.

Auf der Tagung wurden mit Ungarn, Tschechien und Slowenien drei Länder untersucht, die sich bereits in Beitragsverhandlungen mit der Europäischen Union befinden; Bulgarien und Rumänien waren zwei Beispiele für Länder, die erst demnächst in solche Verhandlungen treten werden. Da besonders in Bulgarien Initiativen zur Modernisierung des nationalen Rechts und zur Angleichung an Europäisches Recht forciert wurden und werden, soll dieses Land herausgegriffen werden.

Maria Serkedjieva, die stellvertretende bulgarische Ministerin für Justiz und Europäische Rechtsintegration, war in die Akademie gekommen, um über Umgestaltung von Staats- und Verwaltungsrecht zu referieren.

Demokratische Strukturen

In Judikative wie Exekutive habe man mittels zahlreicher Gesetze und Novellierungen Reformen zur Modernisierung und „Vervollkommnung“ durchgeführt. Die wichtigsten demokratischen Institutionen und Strukturen seien aufgebaut, deren Arbeit verlaufe „stabil und reibungslos“ und Unumkehrbarkeit des Demokratisierungsprozesses sei garantiert. „Der politische Prozeß der Demokratiedurchführung und des Aufbaus demokratischer Institutionen in Bulgarien ist in seiner Gesamtheit vollendet“, sagte die Politikerin. Sie machte deutlich, wie sehr Bulgarien bestrebt sei, mit internationalen Normen konform zu gehen und diese anzuwenden sowie interna-



Maria Serkedjieva: Demokratisierung Bulgariens vollendet

tionale Verpflichtungen zu erfüllen, beispielsweise bei der Korruptionsbekämpfung, denn diese gehöre „zu den wichtigsten Merkmalen einer gut funktionierenden Demokratie“.

Grundrechte

Grundrechte, wie auch die Verfassungsnormen, seien „nicht nur Programmsätze“, sondern objektives Recht mit direkt bindender Kraft für die öffentliche Gewalt. Schutz der Grundrechte sei zwar auf Gesetzesebene gegeben, Schutz ihres Kerninhalts aber verfassungsmäßig nicht verankert - im Unterschied zum Grundgesetz der Bundesrepublik (Art. 19 Abs. 2 GG). Einzelne Grundrechte könnten demnach eingeschränkt werden (Art. 57 Abs. 3 Bulgar. Verf.), jedoch nur zeit-

weilig bei Krieg oder dem Ausnahmestand. Art. 5 Abs. 2 räume dem Völkerrecht Vorrang ein. Bezüglich der Menschenrechte habe Bulgarien „die meisten wichtigen völkerrechtlichen Dokumente“ unterzeichnet. Demgemäß wurde 1998 die Todesstrafe abgeschafft und durch lebenslange Freiheitsstrafe ersetzt. „Diese formale Änderung hat keine Debatte in der bulgarischen Gesellschaft hervorgerufen“ aufgrund der allgemeinen Überzeugung, „daß der Mord durch den Staat keinen Platz in einer Demokratie hat“.

Minderheitenproblematik

Ausführlich ging Serkedjieva auf die Problematik der Minderheiten ein. Laut Volkszählung von 1992 sind bei einer Bevölkerungsstärke von 8,5 Mio. etwa 86% ethnische Bulgaren, 9% bulgarische Türken und 4% Roma, wobei die „verbesserungsbedürftige“ soziale Lage der Roma eines der „drängendsten Probleme“ darstelle. Bulgarien bemühe sich um Integration der Minderheiten, wie etwa durch das Recht zur Vertretung im politischen Leben, die Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen und die Errichtung eines Nationalen Rats für Ethnische und Demographische Minderheiten.

Als „ausgleichender Faktor auf nationaler und regionaler Ebene“ würden die von der EU unterstützten Nichtregierungsorganisationen gesehen, deren Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen sich intensiviere, besonders im Gesetzgebungsprozeß.

Beitrittswunsch

Durch die geschilderten Bemühungen, Demokratie und Rechtsstaat in Bulgarien durchzusetzen und somit EU-Beitrittsfähigkeit zu beweisen, demonstrierte die stellvertretende Justizministerin immer wieder, von welch großer Bedeutung für Bulgarien ein EU-Beitritt ist. Ihren Vortrag schloß sie dementsprechend mit dem Ersuchen um eine „langfristige und engagierte Unterstützung durch die Union und ihre Mitgliedstaaten“. „Der politische Prozeß der Demokratiedurchführung und des Aufbaus demokratischer Institutionen in Bulgarien ist in seiner Gesamtheit vollendet.“

Ergebnisse und Einsichten

Wissenschaftlich geleitet und moderiert wurde die Tagung von Prof. Dr. Dieter Pfaff, Institut für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht der Universität München, der am Ende der Tagung die betrachteten Länder nicht in das Korsett einer Bewertungsskala zwängen, dennoch aber die gewonnenen Ergebnisse und Einsichten resümieren wollte. Die noch bestehenden Defizite in den behandelten mittel- und südosteuropäischen Staaten unterteilt er in sechs Bereiche.

Spannungsverhältnis zwischen Rechtsnormen und Rechtswirklichkeit

Zwischen Rechtsnormen (Law in the Books) und Rechtswirklichkeit (Law in Action) sei ein Spannungsverhältnis „noch spürbar“. Unterschiede „in Regelungsdichte und Regelungssystematik“ zwischen den einzelnen Ländern lägen zwar vor, hier bestünde aber für alle noch der größte Handlungsbedarf.

Unübersichtlichkeit der Parteienlandschaft

Die Parteienlandschaft sei „nicht immer ganz überblickbar“. „Je kleiner das Land und je länger die Diktatur“, um so dichter sei das persönliche Beziehungsgeflecht, das die Gewaltenteilung in Frage stellen könne.

Defizite bei der Gewaltenteilung

Um Defizite bei der Gewaltenteilung zu beseitigen, bedürfe es noch „besonderer Anstrengungen“. Im Verwaltungswesen beständen teilweise noch alte Strukturen; aber auch wenn neue Strukturen geschaffen worden seien, habe man sie mit den alten Funktionsträgern besetzt. Dieser Zustand, vergleichbar mit dem in den neuen Bundesländern, sei für die Bevölkerung „besonders deprimierend“. Dringend erforderlich sei ein „staatstreuer, gut bezahlter und geachteter“ Beamtenstand.

Im Justizwesen seien Schaffung von Stellen, gehobenere Qualifikation und

Bezahlung der Richter, bessere Ausstattung und Beendigung der Prozeßverschleppung nötig.

Die Legislative sei „schon fortgeschritten“, Probleme entstünden allerdings durch die überhastete Schaffung neuer Rechtsgrundlagen. Im Laufe der Tagung war von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen worden, daß durch ständige Novellierungen keine Rechtsgarantie herrsche, was Auslandsinvestoren abschrecke. Garantie für Investitionen sei der Rechtsstaat, von dem aber erst die Rede sein könne, wenn der wirtschaftliche und rechtliche Status des Bürgers gesichert sei.

Mangel an Kooperationsbereitschaft

Bezüglich des Beitrittswunsches zur EU fehle es an Kooperationsbereitschaft der Kandidaten untereinander. Die CEFTA, Central European Free Trade Area, hätte sich zu einem „Gegengewicht für die Verhandlungen“ entwickeln können, wenn ihre Ziele mit Konsequenz von den Mitgliedsländern Polen, Ungarn, Tschechien und Slowenien verfolgt worden wären. Begünstigt durch ähnliche strukturelle Voraussetzungen und Wirtschaftssituationen dieser Staaten hätten eigene Initiativen gestärkt und Marktverhalten ohne den heutigen Wettbewerbsdruck der EU eingeübt werden können. „Die CEFTA war eine sehr kluge Idee, ist aber - abgesehen von politischen Verlautbarungen - absolut unwirksam gewesen.“ Auch bezüglich der Rechtsangleichung an den *acquis communautaire* fehle es in einzelnen Ländern an Interesse, zusammenzuarbeiten.

Mangel an rechtsstaatlichem Bewußtsein

Rechtsstaatliches Bewußtsein, „eine neue Rechtsethik“ seien in der Bevölkerung wie unter den Funktionsträgern noch mangelhaft ausgeprägt. „Solange sich wirtschaftsgewaltige Politiker und Regierungsmitglieder selbst bedienen oder ihren Posten auf andere Weise für ihr Wohlergehen



Tagungsleiter Dieter Pfaff. „Zahnlose Demokratien besonders gefährdet“
Fotos: Giannios

ausnutzen können, wird der Fortschritt immer zögernd bleiben.“ Es bedürfe Vorbilder in Regierung, Politik und Administration; Selbstbedienungsmentalität behindere aber fortschrittliche Entwicklungen.

Differenzierungsbedarf bei der Bewertung

Zwei Perspektiven bei einer abschließenden Bestandsaufnahme unterschied Prof. Pfaff eindeutig voneinander: In Bezug auf die Ausgangslage von 1989 seien die bis heute erzielten Erfolge „recht beeindruckend“. Im Verhältnis zum angestrebten *acquis communautaire* hingegen sei noch Bedarf. Ein noch höherer Entwicklungsstand in noch kürzerer Zeit wäre aber in Anbetracht der „Überforderung der Beteiligten“ nicht erreichbar gewesen. Für den Selbsterhalt müßten eine Demokratie und ein Rechtsstaat Sanktionen durchfechten: „Eine zahnlose Demokratie wird in dieser Entwicklung besonders gefährdet sein.“

Offen, aber doch schonungsvoll hatte sich folglich die Bestandsaufnahme der Entwicklungen in diesen Transformationsländern gestaltet. Die Beteiligten - auch die Vertreter der besprochenen Länder - konnten zu neuen Einsichten gelangen; dem Sinn der Tagung war somit Rechnung getragen.

Susanne Giannios

Widerstand in zwei deutschen Diktaturen

Widerstand hat viele Formen, Mut gehört immer dazu. Zumal Diktaturen verführen mit schnellen Erfolgen, mit der Gewissheit der Wahrheit, mit der Geborgenheit in der Volksgemeinschaft; zugleich aber auch abweichendes Verhalten bestrafen: von der Gleichschaltung der öffentlichen Meinung über die Bespitzelung der Bürger bis zur Liquidierung der Gegner. Wo fängt Widerstand an, wo hört er auf? Was treibt Menschen in den Widerstand, hält andere davon ab? Zeitzeugen, aktive und passive Widerständler, Menschen die in zwei Diktaturen wagten, sich gegen das System zu wenden, sich nicht in der Konformität der Lüge einzurichten waren zu Gast in Tutzing. Bei der Tagung „Von der Verführerkraft der Diktatur und den Widrigkeiten des Widerstands“ vom 29. bis 31. Juli trafen unterschiedliche Meinungen aufeinander. Wenn auch die Aversion gegen die totalitären Regime die Widerständischen einte, so verschieden waren Motive und Ziele der Einzelnen. Die Bedeutung des Widerstands steht außer Frage, doch gleichzeitig wurde vor Legendenbildung gewarnt. Formen des Widerstands sind auch heute in unserer relativ gefestigten Demokratie noch von Bedeutung, beispielhaft denke man nur an die häufig vermisste Zivilcourage.

Wir dokumentieren hier Auszüge aus den Zeitzeugenberichten von Dr. Marie-Luise Schultze-Jahn (Weiße Rose) und Arnold Vaatz MdB, Staatsminister a.D. (Bautzen-Häftling), sowie aus den Notizen eines Tagungsteilnehmers.

Textbearbeitung: Dr. Horst Denzer
Dirk Leuffen, Dr. Jürgen Weber



Widerständisch unter der Nazi-Diktatur und in der DDR: Dr. Marie-Luise Schultze-Jahn (Mitte) und Prof. Dr. Richard Schröder im Gespräch mit Tagungsleiter Dr. Jürgen Weber (links)

Fotos: Dirk Leuffen

Zeitzeugen

Prof. Wladyslaw Bartoszewski,

Senator u. Außenminister a.D. der Republik Polen

Dr. Otto Gritschneider, Rechtsanwalt und Publizist, München

Dr. Hildegard Hamm-Brücher, Staatsministerin a.D.,
München (Weiße Rose)

Ewald Heinrich von Kleist, Verleger, München (20.Juli 1944)

Prof. Dr. Richard Schröder, Humboldt Universität Berlin
(Staatsferne, Evang. Kirche)

Dr. Marie-Luise Schultze-Jahn, Bad Tölz (Weiße Rose)

Arnold Vaatz MdB, Staatsminister a.D. (Dissident, Bautzen-Häftling)

Referenten

Dr. Michael Buddrus, Institut für Zeitgeschichte, Berlin

Dr. Horst Denzer, Akademie für Politische Bildung, Tutzing

Dr. Lothar Fritze, Hannah-Arendt-Institut
für Totalitarismusforschung, Dresden

Prof. Dr. Hans Maier, Staatsminister a.D., München

Dr. Armin Mitter, Berlin

Dr. Jürgen Zarusky, Institut für Zeitgeschichte, München

Tagungsleitung

Dr. Horst Denzer, Tutzing

Dr. Jürgen Weber, Tutzing

Marie-Luise Schultze-Jahn: Erlebtes bei der „Weißen Rose“



Ich komme aus einem sehr national-konservativen Elternhause. In Berlin sah ich zum ersten Mal 1934 vor Geschäften: „Kauft nicht bei Juden!“ Die Ausgrenzung fing ja schon vom 1. April 1933 an. Da begann bei mir ein Nachfragen: warum? Ich erlebte auf der anderen Seite in Berlin 1936 die Olympiade. Das war ein Rausch, da war ich fasziniert von der Organisation und den Darbietungen. Dann habe ich Hitlers Reden im Sportpalast gehört. Ich war entsetzt über die Dürftigkeit der Phrasen: völlig ohne Inhalt, symbolträchtig und auf Vorsehung bezogen. Dazu seine sich überschlagende Stimme und die begeisterte Menge. Er muß eine Suggestionskraft auf die Massen gehabt haben. Ich jedenfalls war entsetzt. Und noch entsetzter war ich, als ich 1938 in Berlin die Pogromnacht erlebte. Ich war beschämt über die schweigende Menge, die dabei stand. Ich bin völlig verstört in meine Pension gegangen.

Vereinnahmung des Einzelnen

Ich habe einen Entwicklungsprozeß durchgemacht. In München hörte ich von Euthanasie. Ich erhielt Hirtenbriefe des Kardinals von Galen. Ich habe sie gelesen und weitergegeben. Ich erfuhr vom Konzentrationslager Dachau. Ich hörte, dass da gefoltert wird und Menschen umgebracht werden. Von den Vernichtungslagern wußte ich damals nichts. Davon erfuhr ich erst nach dem Krieg.

Was mich persönlich sehr berührte und oppositionell machte, war dieser völlige Anti-Intellektualismus: der Versuch der völligen Vereinnahmung des Einzelnen, der in der Masse im Rausch aufgehen und nur dem Gefühl leben sollte. Wie Reichsjugendführer Baldur von Schirach einmal gesagt hat: „Das Gefühl ist mehr als der Verstand.“ Das kam sehr gut an und wurde von der Masse begrüßt. Es war keine eigene Verantwortung mehr gefragt.

In unserem Chemischen Institut in München hatten wir einen sehr liberalen Leiter, Prof. Heinrich Wieland, der ganz selbstverständlich so genannte Halb- und Vierteljuden zum Studium aufnahm (Naturwissenschaften durften sie ja noch studieren). Ich erfuhr von diesen Menschen die Sorgen, die sie um ihre Familienmitglieder hatten, die deportiert werden konnten.

Das erlebte ich hautnah bei meinem Freund Hans Leipelt, der auch zu dieser ausgegrenzten Minderheit gehörte. Seine Mutter war Jüdin und promovierte Chemikerin und seine Schwester mußte die öffentliche Schule verlassen. Hans Leipelt hatte sich seinerzeit freiwillig zum Arbeitsdienst und zur Wehrmacht gemeldet, hatte den Polen- und Frankreich-Feldzug mitgemacht und auch Auszeichnungen bekommen. Nach dem Frankreich-Feldzug wurde er 1940 auf einen Geheimbefehl des Führers als wehrunwürdig aus der Wehrmacht entlassen. Das hat nicht nur ihn, sondern auch alle Beteiligten sehr in ihrem Selbstwertgefühl gekränkt. Er war hilflos und das war für mich doch sehr bedrückend und auch empörend.

„Und ihr Geist lebt trotzdem weiter!“

Bedrückend war außerdem die völlige geistige Einengung: Wir waren in den Medien völlig gleichgeschaltet, wir waren in der Literatur gleichgeschaltet. Ein Teil unserer Freunde konnte noch ins Ausland kommen, aber wir waren in einem Käfig gefangen. Kein Recht auf persönliche Freiheit, zu der ja auch Verantwortung gehört, kein Recht auf Meinungs- und Redefreiheit, keine Achtung des Anderen, des Menschen!

Wir erhielten dann im Februar 1943 das letzte Flugblatt der Weißen Rose, das Prof. Kurt Huber verfaßt hatte nach der

Schlacht von Stalingrad. Das sprach uns wirklich aus dem Herzen, weil dort einmal aufgeschrieben stand, was wir dachten. Wir hörten dann auch gleich von der Verhaftung, dem Verhör und Hinrichtung der ersten drei: Hans und Sophie Scholl und Christoph Probst. Da haben wir uns gesagt, die Menschen müssen wissen, unter was für einem Regime wir leben, wir müssen weiter versuchen, sie aus ihrer Lethargie, aus ihrem Gleichmut, aus ihrem Desinteresse herauszureißen. Wir haben das Flugblatt dann mit der Schreibmaschine vervielfältigt und haben darüber geschrieben: „Und ihr Geist lebt trotzdem weiter!“ Wir haben es dann verteilt, nicht auf der Straße, aber im Institut, an Freunde von uns. Wir sind damit Ostern 1943 nach Hamburg gefahren, wo Leipelts Familie wohnte. Wir haben es dort seinen Freunden gegeben. In Hamburg gab es ja schon bald nach 1933 oppositionelle Gruppen unter dem Bildungsbürgertum. Die griffen es begeistert auf und verteilten es weiter.

Zwölf Jahre Zuchthaus

Nachdem wir erfahren hatten, daß Hubers Frau - er war ja auch verhaftet worden und wurde hingerichtet - keine Bezüge mehr bekam, haben wir für sie Geld gesammelt. Wir konnten es ihr nur auf Umwegen zukommen lassen, damit sie ja nicht wußte, von wem es kam. Doch wir wurden denunziert, ich weiß bis heute nicht von wem. Die Gestapo hatte leichten Zugriff und fand auch Material bei uns, das entschieden regimefeindlich war. Uns und unseren Freunden wurde im Oktober 1944 vor dem Volksgerichtshof der Prozess gemacht. Für Leipelt und mich wurde die Todesstrafe beantragt. Ich kam dank eines sehr geschickten Rechtsanwaltes mit zwölf Jahren Zuchthaus davon. Mein Freund Hans Leipelt wurde hingerichtet.

Nach dem Kriege habe ich Medizin studiert und war lange als Ärztin tätig. Heute bin ich im Vorstand der Weißen Rose, lebe in einer oberbayerischen Kleinstadt und engagiere mich auch für Asylbewerber. Ich hoffe, dass ich das noch einige Zeit tun kann.

Arnold Vaatz: Systemzwang, persönliche Freiheit und Widerstehen in der kommunistischen Diktatur



Meinungsunterschiede zur Partei der Arbeiterklasse waren - egal, ob aus naivem Unverständ oder kriminellem Vorsatz vorgetragen - objektiv als versuchte Angriffe der gestürzten Ausbeuterklassen gegen die sozialistische Demokratie einzuordnen. „Die Diktatur des Proletariats bedeutet, daß diese Versuche durch die Arbeiterklasse und die mit ihr verbündeten werktätigen Klassen und Schichten mittels ihres sozialistischen Staates, wenn nötig auch unter Anwendung staatlicher Zwangsgewalt, verhindert werden. Die Art der Gewaltanwendung... kann vom Entzug politischer Rechte über gerichtliche Verurteilung bis zum Einsatz militärischer Mittel reichen...“ (Philosophisches Wörterbuch von Klaus / Buhr). Wer diesem Selbstverständnis die Eigenschaft, demokratisch zu sein, öffentlich absprach - etwa verbunden mit der Frage, warum denn abweichende Meinungen mit staatlicher Zwangsgewalt geahndet werden müßten, wo doch die Herrschaft eben objektiv in der Hand der Mehrheit sei, der verstieß gegen den § 106 StGB der DDR und konnte dafür von einem bis zu acht Jahren Haft wegen staatsfeindlicher Hetze verurteilt werden. Wer an das Vorliegen objektiver Klasseninteressen nicht glaubte, mußte der Arbeiterklasse das Recht zur allein legitimen Verwaltung dieser Interessen abstreiten und hatte zwischen einem relativ geborgenen Leben in Lüge und einem durch das Strafrecht bedrohten Leben in Wahrheit zu entscheiden.

Das Dissidententum wurde zwiespältig bewertet: Einerseits verbuchte es Otto Normalverbraucher Ost unter der Abteilung „gefährliche Träumerei“, denn Dissidenten brachten in den Augen der Mehrheit der Ostdeutschen in unverantwortlicher Weise sich selbst und ihre Angehörigen in Gefahr. Andererseits riß der Dissident eine Saite dicht am Lebensnerv desselben Ost-

deutschen an: Er bestätigte ihn in seiner tief innen vorhandenen Einsicht, dass die öffentlichen Dinge zu einer grotesken Karikatur des Menschengemäßen geworden waren, verlogen begründet und verlogen bejubelt, durch Willkür erzwungen, durch gestellte Spektakel, Paraden, Umzüge bestätigt - und nicht gestaltet aus dem freien Willen des Volkes. Und so kam neben der Verachtung für den versponnenen Dissidenten zugleich eine verschämte Bewunderung für dieselbe Person: Sie tat Dinge, die man selbst zu tun den Mut nicht hatte, freilich auch den Sinn nicht sah. Dies führte dazu, dass man sich gern

„Es ist bis jetzt in der Rückbetrachtung zu wenig getan worden, gerade das an Widerstand gegen die politische Realität der DDR stärker zu besprechen, was außerhalb des Dissidentischen geschah.“

der Bekanntschaft mit derartigen Typen im vertrauten Kreis rühmte und ihnen ein Stück Freiheit neidete, das man selbst nicht wagte, sich zu nehmen.

Die SED suchte sich der literarischen Dissidenten seit Herbst 1976 mit Erfolg durch Aussiedlung zu entledigen. Damit brachen der politischen Opposition unzählige Spitzen ab. Dies ist es, was Ostdeutschland denn auch im Wesen von Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und sogar der Sowjetunion unterscheiden sollte: Opposition weitestgehend namenlos, weitgehend ohne Personen mit lange gewachsenem Profil.

Es ist bis jetzt in der Rückbetrachtung zu wenig getan worden, gerade das an Widerstand gegen die politische Realität der DDR stärker zu besprechen, was außerhalb des Dissidentischen geschah. Freilich fällt auch seine Abgrenzung schwer. Aber in jedem Fall sind es Handlungen, die oftmals Exi-

stenzentscheidungen waren und in aller Stille vor sich gingen. Widerstand begann für den einen damit, dass er nicht früh am Morgen, sondern nachmittags zur Wahl ging und mit Ja stimmte. Der Nächste lachte darüber, hielt es aber für Widerstand, zur Wahl zu erscheinen und die Kabine zu benutzen. Der Dritte lachte auch darüber und votierte vor den Augen der Wahlhelfer mit Nein. Der Vierte lachte selbst über den Dritten und hielt es für Widerstand, überhaupt nicht zur Wahl zu erscheinen. Das Haus zum 1. Mai nicht zu schmücken, nicht drei Jahre zur Armee zu gehen, nicht in die FDJ einzutreten, ein Kirchenblatt zu abonnieren, Deutschlandfunk zu hören und darüber zu sprechen - dies alles wurde, so marginal es sein mochte, gelegentlich als Widerstand betrachtet, weil es vom Adressaten so aufgefaßt wurde. Unter anderem stammt daher auch die heutige Abneigung gegen eine zu starke Betonung des dissidentischen Widerstands.

Der entscheidende Impuls zum Erfolg sollte aber die in den achtziger Jahren ständig ansteigende Flut der Ausreise-

begehrten werden. Diese Form eines von den Betroffenen selbst eigentlich ungewollten aber als ultima ratio schließlich in Kauf genommenen Dissidententums wurde von der politischen Opposition in Ostdeutschland überwiegend abgelehnt. Ausreisewillige war man mancherorts geneigt aus Zusammenkünften von Oppositionellen zu verweisen. Hitzige Auseinandersetzungen gab es, ob man Ausreisewillige unterstützen oder ihnen jede Unterstützung verwehren solle.

So erlebte man denn um die Jahreswende 1989 eine von den Ereignissen überraschte, fast überrumpelte, hilflos-siegreiche, unvorbereitete Opposition, die sich zwar emsig, aber letztlich konzeptionslos in die Tagesereignisse einschaltete, deren Entschlossenheit auch Wesentliches zu danken ist, die aber im Ernst sich nie mit der Frage beschäftigt hatte, gestaltende politische Verantwortung zu tragen.

Streiflichter - Impressionen - Notizen

aus dem Bericht unseres Teilnehmers Ludwig Höchtl,
Realschullehrer und Seminarlehrer für Staatsbürgerliche Bildung, Pfaffenhofen

Ewald Heinrich von Kleist: Zur Situation des Widerstands im Nationalsozialismus

Von Kleist war tätig im militärischen Widerstand gegen Hitler. Er gehörte zum Kreis des 20. Juli 1944. Sein Versuch, Hitler bereits vor diesem Datum in der Wolfsschanze zu töten, wobei er sich mit einer am Leib getragenen Bombe selbst auch in die Luft gesprengt hätte, scheiterte, da „der Führer“ durch alliierte Luftangriffe verhindert wurde, den Termin wahrzunehmen. Oberleutnant Ewald von Kleist war seit 1938 Vertrauensmann von Oberst Hans Oster, dem nach Admiral Canaris wichtigsten Mann der deutschen militärischen Abwehr. Er war also in den Putschplan von General Beck am Vorabend der Sudetenkrise eingeweiht.

Kleist, ein echter Altpreuße, wollte aus falscher Bescheidenheit nur wenig von sich selbst und seinen Motiven sprechen (obwohl er eigentlich aus diesem Grund eingeladen worden war). Nach dem 20. Juli 1944 wurde er nicht hingerichtet, da alle anderen sagten, er sei bei der Verschwörung nicht dabei gewesen. Nach dem Krieg war er bei der Bundeswehr mit dem Aufbau von Prinzipien der inneren Führung beschäftigt.

Insgesamt war der Mann selbst, ein knorriger, etwas sturer, rüstiger Herr, der durchaus noch nicht „alt“ wirkte, beeindruckender als das, was er sich zu sagen entschloss. Gefragt nach seiner Motivation, dem Hitler-Regime skeptisch gegenüber zu stehen, erklärte er nach einigem Zögern, dies sei bereits 1934 geschehen, als in Zusammenhang mit der Röhm-Affäre zwei Generäle der Reichswehr liquidiert wurden. Dies und der auf Hitler zu leistende Eid habe die „Ehre der Reichswehr“ geschädigt und wurde zur Grundlage seiner Opposition gegen das Regime.



Podium mit Tagungsleiter Dr. Horst Denzer, Ewald Heinrich von Kleist und Prof. Dr. Hans Maier (v.l.)



Wladyslaw Bartoszewski: Erlebtes und Erduldetes In zwei Diktaturen

Bartoszewski ist selbst kein Jude, obwohl viele das annehmen. Er saß im KZ Auschwitz wegen seiner Teilnahme am Warschauer Getto-Aufstand 1944. Unter der kommunistischen Diktatur verbrachte er fünf Jahre im Gefängnis.

land (ca. 30.000). Auch Bartoszewski ging, wie von Kleist, nicht allzu stark auf seine persönlichen Erlebnisse ein. Ein Zitat sollte allerdings festgehalten werden: „Letztlich war der Aufenthalt im Gefängnis die einzige Möglichkeit, in der Volksrepublik Polen sauber zu bleiben, also keine Kompromisse mit dem Regime zu schließen.“

„Letztlich war der Aufenthalt im Gefängnis die einzige Möglichkeit, in der Volksrepublik Polen sauber zu bleiben, also keine Kompromisse mit dem Regime zu schließen.“

Von 1983 bis 1990 hatte er verschiedene Lehraufträge in Deutschland, u.a. an der Universität München. Nach der Wende in Polen war er Außenminister - heute ist er Senator und Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses der Republik Polen. Bartoszewski hielt einen witzigen, pointierten Vortrag, der mehr durch die Art etwas zu sagen als durch neue Erkenntnisse bestach. Vor dem Krieg war jeder dritte Bewohner Warschaus Jude, während heute nur noch 4000 Juden in Polen leben, also weitaus weniger als in Deutsch-

Seine Bewunderung für den Papst und dessen Polenbesuche sowie dessen Rolle bei der Auflösung des kommunistischen Systems war offensichtlich. Insgesamt war mir seine Haltung eine Spur zu katholisch-wertkonservativ und antikommunistisch.

Richard Schröder: Erinnerung und Gedenken an Widerstand und Diktatur in der DDR

Die DDR verhinderte es, offiziell den Begriff „Nationalsozialismus“ zu verwenden, sondern zog als Kennzeichnung den allgemeineren Begriff „Faschismus“ vor, wohl auch um mögliche Assoziationen wegen des Begriffs „sozialistisch“ im Parteinamen der besagten Partei zu vermeiden.

Zum Vergleich der beiden diktatorischen Systeme zitierte Schröder den Politikwissenschaftler und PDS-Funktionär André Brie: Das NS-Regime sei gewalttätiger gewesen, aber in seinem Hang zur vollständigen Kontrolle aller Lebensbereiche müsse der DDR-Staat insgesamt als sogar noch totalitärer angesehen werden. Diese These wurde durch die Aussagen verschiedener Referenten widerlegt: Wieso sollte die DDR totalitärer gewesen sein, wenn es sogar kirchliche Jugendorganisationen gab, keine Verpflichtung zum Eintritt in die FDJ bestand und es möglich war, innerhalb der Kirchen eine zumindest teilweise geduldete Opposition zu betreiben?

Widerstand aus den Kirchen

Schröder betonte, dass Widerstand in der DDR vor allem in Nonkonformität bestanden habe. Echter Widerstand kam vor allem aus den Kirchen. Der Kirchengrund war nach 1945, anders als derjenige von adligen Großgrundbesitzern, nicht enteignet worden. Die Kirchen blieben rechtlich Eigentümer, wenn sie auch unentgeltlich den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften diesen Boden zur Bearbeitung zur Verfügung stellen mussten. Der Grund dafür war, dass die Sowjetunion die „Bekennende Kirche“ als Teil des antifaschistischen Widerstands angesehen hatte. Die Kirchen in der DDR waren nicht abhängig von der Kirchensteuer. Viele Kirchenfunktionäre befanden sich in dem Dilemma, einerseits mit dem Staat zusammen

zu arbeiten, der ihnen gegenüber trotz atheistischer Grundhaltung aufgrund pseudodemokratischer Legitimationsbedürfnisse ein Minimum an Eigenleben zubilligte. Das wollten sie nicht gefährden, indem sie jegliche Kooperation verweigerten. Diese Zusammenarbeit konnte jedoch auch leicht als Anpassungskurs verstanden werden. Die Person des heutigen brandenburgischen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe (SPD) zeigt, dass dieses Dilemma auch heute noch genügend Stoff zur Polemik politischer Gegner bietet.

Systemimmanente Kritik

Zu Anfang der 50er Jahre war es äußerst schwierig und gefährlich abweichende Gedanken zu äußern, da die marxistisch-leninistische Partei einen absoluten Wahrheitsanspruch erhob, der nicht in Frage gestellt werden konnte, ohne automatisch in den Verdacht der staatsfeindlichen Tätigkeit zu geraten. Bereits der 20. Parteitag der KPdSU 1956, auf dem Nikita Chruschtschow seine berühmte Rede gegen die Verbrechen Stalins hielt, begann diesen allumfassenden Wahrheitsanspruch zu durchlöchern.

Wie politisch war der Widerstand? Auch bei sich nicht als politisch verstehenden inoffiziellen Gruppen bestand, sofern sie abweichendes Verhalten zeigten, besonders in den Anfangsjahren der DDR, Verdacht auf Staatsgefährdung. Während die Staatssicherheit in den Anfangsjahren gegen sie sofort aktiv wurde, beschränkte sie sich in den letzten Jahren darauf, diese genauestens auszuforschen und auszuspionieren, ohne dass dies unbedingt zu Konsequenzen für die Beteiligten führen musste.

Nach Schröder bestand die Opposition in der DDR durchaus nicht in Fundamentalkritik an der DDR, sondern



war eher systemimmanent, indem sie Widersprüche zwischen Verfassung und Realität aufdeckte. Ein Beispiel: Noch im Jahre 1989 gab es Versuche nachzuweisen, dass bei den Kommunalwahlen im Mai Ergebnisse gefälscht wurden, anstatt das Einheitsstemsystem an sich in Frage zu stellen. Auch die Teilnehmer des „Runden Tisches“ mussten in dieser Hinsicht noch Lernprozesse durchlaufen.

Befehlsverweigerungen

Schröder erläuterte, dass es 1989 insgesamt 340 Befehlsverweigerungen bei den Betriebskampfgruppen gab, als diese gegen die Leipziger Demonstranten eingesetzt werden sollten. Sie gaben an, dass sie nicht gegen ihre Freunde und Bekannte eingesetzt werden wollten. Leider sei diese Art des Widerstands in der historischen Forschung noch nicht gewürdigt worden. Diese Form des Widerstands war sicher risikoreicher als der kirchliche Widerstand, da zu diesem Zeitpunkt noch nicht klar war, ob die Staatsführung nicht doch bewaffnete Kräfte einsetzen würde - eine Möglichkeit, die nach den Glückwunschtelegrammen der DDR-Führung an die Volksrepublik China anlässlich der Niederschlagung der dortigen Demokratiebewegung (Massaker auf dem „Platz des Himmlischen Friedens“ im Juni 1989) durchaus realistisch war.

Schröder gab zu bedenken, dass es eine nicht zu relativierende Moral aller Kulturen in den Nahbeziehungen gebe, also Grundsätze elementarer Sittlichkeit: Man stiehlt nicht, man vergewaltigt nicht, man mischt sich nicht in das Privatleben fremder Menschen, man bringt keine unbewaffneten Menschen um.

Dieser Hinweis war sehr wichtig, nicht nur in Zusammenhang mit der DDR, weitaus wichtiger noch mit dem NS-Regime oder den Vorgängen im ehemaligen Jugoslawien. Diese Grundsätze stellen eine Minimalforderung für Widerstand dar. Wer sie verletzt, sollte sich nicht darauf berufen können, dass er sich im Rahmen ehedem existierender Regeln und Gesetze oder Befehle bewegte. ■

Spionagebekämpfung nach der Wende

von Joachim Lampe, Bundesanwalt beim Bundesgerichtshof *

In Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Geschichte der Nachrichtendienste e.V. veranstaltete die Akademie vom 18. - 20. Juni 1999 eine internationale Konferenz über die Rolle der Nachrichtendienste in Deutschland. Die Tagungsleitung teilten sich Prof.Dr. Reinhard R. Doerries von der Universität Erlangen-Nürnberg und Dr. Jürgen Weber, Tutzing. Die Rolle der Nachrichtendienste ist eng mit der Geschichte des Kalten Krieges verwoben. Die Umstände machten Deutschland in den letzten 50 Jahren zu einem Tummelplatz für Nachrichtendienste aller Couleur.

Ein früher DDR-Oberst aus der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) sagte auf die Frage, wieviele Spione es gab, die HVA hätte gleichbleibend über die letzten Jahre immer so um die 500 Quellen im Bundesgebiet geführt, die so wertvoll gewesen seien, daß Kuriere oder Instrukteure aus der DDR mit operativem Aufwand - Falschpapiere, Container - zu ihnen in das Operationsgebiet reisen mußten. Das gesamte übrige Ministerium für Staatssicherheit (MfS) hätte noch einmal die gleiche Anzahl vergleichbarer wichtiger Quellen im Operationsgebiet geführt. Wenn Markus Wolf in seinen Publikationen ausschreibt, die HVA hätte allenfalls um die tausend Quellen in der Bundesrepublik geführt, als wertvoll seien aber nur funzig, vielleicht hundert zu bezeichnen, so sagt er im Prinzip nichts anderes. Die Anknüpfungstatsache der Kuriere und Instrukteure mit operativem Aufwand ist meines Erachtens aussagekräftig für den Wert einer Quelle, so daß ich diese Zahlen gerne übernehme. Nach Auswertung von HVA-Registern - ich nenne die in den letzten Wochen und Monaten medienwirksamen Schlagworte Rosenholz (unter diesem Namen sicherte sich der US-Geheimdienst CIA Ende 1989 wichtige Dokumente der DDR-Auslandsspionage mit Tausenden von Klar- und Decknamen ihrer Westspione) und SIRA (Datenbänder der HVA: System/Information/Recherche/Auswertung) - haben wir keinen Anlaß, diese Größenordnung zu korrigieren.
...

* gekürzte Fassung



Bundesanwalt Lampe: Gute Quellenlage für die Aufklärung der DDR-Spionage

Strukturverfahren

Die Antwort der Bundesanwaltschaft auf die sich aus dieser Aufgabenstellung ergebenden Notwendigkeiten waren Strukturverfahren, in denen die gegen die Bundesrepublik gerichtete geheimdienstliche Agententätigkeit der wichtigsten Spionageeinrichtungen der DDR systematisch und komplex aufgeklärt wurden. Die Aufgaben- und Funktionsbeschreibungen des MfS, bekannte Hinweise auf konkrete Verratsfälle und die Angaben einiger weniger MfS-Offiziere waren zureichende tatsächliche Anhaltspunkte, die den Anfangsverdacht der strafbaren Spionage gegen die Leiter der wichtigsten Spionageeinrichtungen des MfS begründeten. Diese Generäle und die ihnen zuarbeitenden hohen Offiziere waren Beschuldigte in den

Strukturverfahren. Gegenstand von Strukturermittlungen waren der Auslandsaufklärungsdienst, die Hauptverwaltung A, für die fast synonym und in verklärter Weise der Name Markus Wolf steht.

Herausgehobene Aufklärungsziele waren bestimmten Abteilungen der HVA zugewiesen:

Abteilung I:

„Staatsapparat BRD“

Abteilung II:

„Politische Parteien BRD“

Abteilung IV:

„Militärstrategische Aufklärung“

Abteilung IX:

„Gegnerische Nachrichtendienste“

Abteilung X:

„Desinformation und aktive Maßnahmen“

Abteilung XII:

„NATO“.

Diese Abteilungen waren in gleicher Weise Gegenstand komplexer Strukturermittlungen wie die der HVA in den MfS-Bezirksverwaltungen zuarbeitenden Abteilungen XV sowie die Wirtschaftsspionage betreibenden Hauptabteilung XVIII, der Bereich „Kommersielle Koordinierung“ und der Sektor „Wissenschaft und Technik“.

Gleichermaßen gilt für Hauptabteilungen außerhalb der HVA: Die Hauptabteilung II - „Spionageabwehr“ führte Agenten im Bundesgebiet, die in ihrer Wertigkeit in keiner Weise hinter Spitzenquellen der HVA zurückstanden. Jeder Journalist und Diplomat aus dem Westen, der sich beruflich in der DDR aufhielt, galt als Spion und wurde mit dem gesamten Besitzelungspotential des MfS überzogen. Betroffen von dieser nachrichtendienstlichen Aufklärung waren zudem die Personen in der DDR und im Bundesgebiet, die Kontakte zu diesen Journalisten und Diplomaten unterhielten.

Die Hauptabteilung VIII - „Ermittlung und Observation“ hatte das Bundesgebiet mit einem Netz von mehreren hundert Observanten (Bundesbürgern) überzogen. Taxifahrer, Hotelportiers aber auch Angestellte mit Zugang zu öffentlichen Registern erfüllten als IM der Hauptabteilung VIII Ermittlungs- und Observationsaufträge. Die HA VIII bot damit einen Service vorrangig für andere

Hauptabteilungen des MfS, die nicht wie z.B. die HVA eine solche eigene operative Logistik im Operationsgebiet besaßen.

Die Hauptabteilung VI - „Bekämpfung des verbrecherischen Menschenhandels“ spähte in Ost und West Fluchthilfeorganisationen und Personen aus, bei denen der Verdacht beabsichtigter Republikflucht bestand.

folgungsbehörden besondere Bedeutung und Priorität zumaßen und auf die sich die Strukturverfahren bezogen. Diese Aufgabe bedeutete etwa eine Verzehnfachung der Arbeitsbelastung der Bundesanwaltschaft im Verhältnis zu den Vorjahren. ...

Die Strukturverfahren zogen zwangsläufig eine Vielzahl weiterer Ermittlungsverfahren nach sich. Die Aufklä-

HVA sind vernichtet, allerdings nicht restlos. Akten der HVA wurden in anderen Diensteinheiten bei Zuständigkeitsüberschneidungen gefunden; so die Akten über die operative Tätigkeit des Hermann von Berg in der Hauptabteilung II. Hermann von Berg war hauptamtlicher Mitarbeiter der HVA Abteilung X - „Desinformation“. Er überbrachte den Brief Ulbrichts an Bundeskanzler Ludwig Erhard. Es folgte eine black channel-Diplomatie bis in die Zeiten von Willy Brandt. Als von Berg im SED-Regime in typisch stalinistischer Manier selbst unter Spionageverdacht geriet, wurden Kopien der Akten über die operative Tätigkeit dieses Agenten von der Hauptabteilung II zur Klärung des Spionageverdachts gegen von Berg übernommen. Ein großer Koffer voll Akten, die die Tätigkeit der HVA Abteilung X und des Agenten von Berg beleuchten, stehen als Beweismittel und als historische Quellen zur Verfügung. ...



Zeichnung: Tomaschoff

Die Hauptabteilung XX - „Bekämpfung der politisch-ideologischen Division (PID)“ setzte das Mittel der Spionage gegen die Bundesrepublik zur Bekämpfung der Opposition in der DDR ein.

Die Hauptabteilung XIX - „Sicherung des Postverkehrs“ kundschaftete mit Mitteln der Spionage Möglichkeiten aus, Postsendungen aus der Bundesrepublik in die DDR fehlzuleiten, wo sie dann in einer eigens eingerichteten Diensteinheit des MfS in großem Stil unterschlagen wurden.

Die Hauptabteilung I - „Sicherung der NVA“ betrieb Grenzaufklärung bis in eine Tiefe von 50 km in das Bundesgebiet hinein. Die Abteilung Aufklärung der Nationalen Volksarmee war für die militärische Aufklärung unterhalb der militärstrategischen und militärpolitischen Aufklärung der HVA Abteilung IV zuständig.

Damit sind die Spionageeinrichtungen der DDR genannt, denen die Strafver-

rung von operierenden Spionageeinrichtungen fördert die einzelne Tat zutage, den Agenten, den Agentenführer, das Hilfspersonal. Dem Legalitätsprinzip folgend wurden daraufhin Ermittlungsverfahren wegen Spionageverdachts gegen die Quellen im Bundesgebiet (IM West), die Führungsoffiziere im MfS und das Hilfspersonal - Instrukteure, Kuriere, Deckadressengeber, Werber, Funker etc. in Ost und West - eingeleitet. ...

Die Quellsituation zur Aufklärung der aus der DDR betriebenen Spionage ist besser als in der Öffentlichkeit bekannt.

Außerhalb der HVA sind die Stasi-Unterlagen weitgehend erhalten und im Zusammenwirken zwischen der Behörde des Bundesbeauftragten und den Strafverfolgungsbehörden jedenfalls in den wichtigsten Spionageeinrichtungen erhoben. Die Akten der Spionageabteilung der Nationalen Volksarmee wurden fast komplett in der HA I gefunden. Die Unterlagen der

Neben der Akte des Agenten mit dem Arbeitsnamen „Schwarz“, der die BND-Spitze ausforschte, blieben zum Beispiel die Jahresarbeitspläne des operativen Referats erhalten, die die Arbeitsweise des Dienstes exemplarisch belegen. Die Hauptabteilung III überwachte und sicherte mit ihren Fernmeldemöglichkeiten Treffs der Agenten der HVA. Entsprechende Unterlagen finden sich in dieser Hauptabteilung. Instrukteure und Kuriere benötigen beträchtliche Devisen; das hinterlässt Spuren in den Finanzabteilungen. ...

SIRA und Rosenholz

All diese Erkenntnisquellen zur Spionage der HVA sind wertvoll aber doch gering im Verhältnis zu denen, die unter dem Arbeitsnamen Rosenholz gefasst werden: Mit dem vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) geprägten Arbeitsnamen Rosenholz wer-

den die Erkenntnisquellen umschrieben, die ein ausländischer Dienst dem BfV ab 1993 zur Verfügung gestellt hat. Dieser ausländische Dienst ist zwar in aller Munde; mit Rücksicht auf Geheimschutzvorschriften werde ich ihn nicht nennen. Folgende MfS-Unterlagen liegen den Rosenholz-Meldungen zugrunde:

F 16 der HVA war die Klarnamendatei des MfS. In ihr waren alle Personen registriert, die für das MfS von Interesse waren, sei es als IM, als Zielpersonen oder als Personen, die aus irgendeinem Grund im Auge zu behalten waren. Verzeichnet war neben dem Namen nur die Registernummer und die bearbeitende Diensteinheit, nicht aber der Grund der Registrierung. Die F 16 nur der HVA - nicht etwa des gesamten MfS - soll deutlich über 300.000 Karteikarten enthalten.

F 22 der HVA war die Vorgangskartei des MfS. In ihr waren alle Vorgänge - ohne Klarnamen - erfaßt. Die Frage, ob die hinter der Registernummer stehende Person Deckadressengeber oder Kurier aus der DDR war oder Quelle im Bundesgebiet, oder nur dessen Verwandter, der den Vorwand für Reisen lieferte, folgt aus der F 22.

Die Statistikbögen sind eine Art Mobilisierungskartei der HVA. Die HVA faßte die Quellenvorgänge aus der F 22 noch einmal unter dem Gesichtspunkt gesondert zusammen, ob sie in Spannungs- oder Kriegsfällen fortgeführt werden sollten. Wegen des dann erhöhten operativen Aufwands wurde diese Differenzierung nach bedeutenderen und weniger bedeutenden Quellen vorgenommen. ...

Rosenholz gibt die im Jahre 1988 aktuellen Quellen, IMA und Werber der HVA, wieder, soweit es sich um IM West handelt. In keinem Falle hat sich eine Meldung als unzuverlässig erwiesen, wobei zu beachten ist, daß der Begriff Quelle aus dem Verständnis des MfS verwendet wurde. Namentlich im subjektiven Tatbereich besagt die Kategorisierung nicht viel. Die etwa 530 aus Sicht des MfS als Kontaktpersonen geführten Bürger der Bundesrepublik wurden allerdings gesondert registriert.

Im folgenden wende ich mich der in den letzten Wochen auch in den Me-

dien viel diskutierten Datenbank der HVA, SIRA, zu. Die HVA des MfS hat unter der Projektbezeichnung SIRA verschiedene Teildatenbanken eingerichtet, in denen operativ gewonnene Erkenntnisse gespeichert wurden. SIRA steht als Abkürzung für „System Information/Recherche/Auswertung“. Gegenstand der Speicherung waren operativ gewonnene Informationen. ...

Die Teildatenbank 12 wurde von der Auswertungsabteilung VII und HVA verwaltet. Sie umfaßt 160.868 Eingangsinformationen aus den Jahren 1969 bis 1987. Soweit diese von der HVA selbst gewonnen worden waren, ist die jeweilige Quelle mit Registernummer, in der Regel auch mit Decknamen angegeben. Insgesamt 4.715 Quellen sind in der Teildatenbank 12 verzeichnet. Die Registrierung gibt Auskunft darüber, wann die Information operativ gewonnen worden war, auf welches - mit Stichworten - bezeichnete Thema sie sich bezieht, welchem Fachgebiet dieses zuzuordnen ist, welche Länder und Personen von der Information betroffen sind und in welcher Form - Dokument oder Bericht - die Information von der Quelle geliefert wurde. Von den 4.715 Quellen, die seit 1969 in der Teildatenbank 12 verzeichnet sind, haben noch etwa 1.200 Quellen in den Jahren 1984 bis Ende 1987 Informationen geliefert. Allein im Jahre 1987 waren nur noch 716 Quellen mit Lieferungen aktiv. Diese Größenordnung entspricht den in den Rosenholz-Meldungen genannten, noch 1988 aktuellen Quellen. ...

7000 Ermittlungsverfahren

Was ich bisher berichtet habe, war der Erkenntnisstand der Staatsanwaltschaften im Frühjahr 1995. Von den über 7.000 Ermittlungsverfahren, die wir nach der Wende geführt haben, waren zu diesem Zeitpunkt gut 6.000 eingeleitet. Die Spionagestrukturen der DDR waren mit den erreichbaren Beweismitteln in den sogenannten Strukturanklagen gegen die leitenden Generäle der herausgehobenen Spionageabteilungen der DDR dargestellt.

... Neben diesen Repräsentanten der DDR-Spionage wurden noch etwa

eine Handvoll weitere MfS-Offiziere wegen Spionage angeklagt, wenn besonderer Unwert in der Tat oder besondere Schuld das angezeigt erscheinen ließ - insgesamt also etwa 20 hohe Offiziere; 20 von wievielen? ...

Von diesen - jedenfalls weit mehr als 10.000 Offizieren - wurden etwa 20 wegen Spionage angeklagt. ...

In dieser Situation erklärte das Bundesverfassungsgericht mit einem Stimmenverhältnis von 5:3 die Strafverfolgung von MfS-Offizieren, die nur vom Boden der DDR aus gehandelt hatten, für verfassungswidrig. Nicht das Rückwirkungsverbot, nicht der Gleichheitsgrundsatz, nicht das Völkerrecht führt zu diesem Verfolgungshindernis. Vielmehr folgt es das Verfassungsgericht aus dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.

Folgenschwere Entscheidung

Erst- und einmalig im Strafrecht der Bundesrepublik führt der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, der bei allen Maßnahmen von Verfassung wegen zu beachten ist, für sich allein - nicht in Verbindung mit anderen Normen, die im Lichte dieses Grundsatzes auszulegen wären - zu einem Verfolgungshindernis. Eine Entscheidung von großer rechtlicher Tragweite. ...

Auf eine umfassende Feststellung der historischen Gegebenheiten hat das Bundesverfassungsgericht verzichtet und die zum Zeitpunkt der Entscheidung am 15. Mai 1995 dazu getroffenen Feststellungen nicht zur Kenntnis genommen. Mit dem Verfahrenshindernis wurden darüber hinaus weitere Ermittlungen gegen die begünstigten MfS-Angehörigen unzulässig und die Strukturermittlungen in der bisherigen Art nicht mehr möglich. Es gibt kein Verfahren zur Erkenntnisgewinnung, dessen Qualität mit dem strafrechtlichen Ermittlungsverfahren vergleichbar ist. Das gilt für die zur Verfügung gestellten Recherchemöglichkeiten zur Sachverhaltsaufklärung - die, wenn es sein muß, zwangsweise durchzusetzen sind - genau so wie für die Pflicht, alle Interessen in den Blick zu nehmen - die von Opfern, Tätern und der Gesellschaft gleichermaßen.

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts war diese Möglichkeit zur rechtsfriedenstiftenden Erforschung der historischen Wahrheit begrenzt. Der Schaden ist indes nicht dramatisch, weil im Mai 1995 die Aufklärung der Westarbeit des MfS soweit fortgeschritten war. Das Verfassungsgericht hat aber den Kräften den Weg geebnet, die „dabei waren“ und wissen, „wie es wirklich war“ - den leitenden Offizieren des MfS und ihren IM, die heute wie vor 15 Jahren ihre „historischen Wahrheiten“ im „Neuen Deutschland“ verbreiten. Wer dem Verfassungsgericht noch darin folgen möchte, daß die Bestrafung der aus der DDR operierenden

Offiziere unverhältnismäßig ist, wird Schwierigkeiten haben, die Erschwerung der Feststellung der historischen Wahrheit in Verhältnismäßigkeitskategorien einzurorden. ...

Schäbige Geldgier

Was hat unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger veranlaßt, sich vor den Karren des MfS spannen zu lassen? Der letzte stellvertretende Leiter der HVA sagte mir, man habe über die Verkommenheit der Gesinnung der Leute gestaunt, die sich ihnen angeboten hätten. Sicherlich hat es auch schäbige Geldgier gegeben. Die Gesinnung derer, die den Wunsch nach familiären

Kontakten im geteilten Deutschland ausnutzten, die Liebe heuchelten und so Abhängigkeit schufen, ist aber auch nicht gerade edel. Ein wesentlicher Gesichtspunkt scheint mir die Freiheit jedes einzelnen in unserer Gesellschaft.

Eine offene Gesellschaft, in der jeder über alles redet, hat keinen rechten Zugang zur Geheimniskrämerei, wittert nicht sofort Verrat; wir haben jetzt kein Feindbild und hatten es auch vor 10 und 20 Jahren nicht.

Es bleiben tausendfache gravierende Illoyalitäten. Das tut weh, um der Menschen wegen, die sich damit ausgrenzen haben. ■

Osteuropäische Führungskräfte in der Akademie



Am 15. September waren 85 Führungskräfte aus Politik, Verwaltung und Militär in den Ländern Mittel- und Osteuropas, sowie den Mitgliedern der NATO und des NATO-Kooperationsrats von der Türkei bis Zentralasien, die gegenwärtig einen 15-wöchigen Lehrgang über Demokratie, Marktwirtschaft und europäische Sicherheit beim George C. Marshall Center for Security Studies in Garmisch absolvieren, zu Gast in der Akademie. Sie unterrichteten sich, eingeleitet von einem Referat von Dr. Peter Hampe, über die Aufgabe der politischen Bildung zur Festigung der Demokratie in Deutschland und über die Rolle der Akademie dabei. Bei der großen Zahl und dem babylonischen Sprachgewirr war es für Tagungsleiter Dr. Horst Denzer nicht einfach, zumindest die Mehrzahl der Gäste zu einem Gruppenfoto zusammenzutrommeln. ■



Politisches Lernen online

Der Einsatz des Internets in der politischen Bildungsarbeit

Das Internet ist das größte Computer-Netzwerk der Erde. Es ist eine Struktur, die jedem am Netz angeschlossenen Computer die Möglichkeit bietet, mit jedem anderen am Netz angeschlossenen Computer Verbindung aufzunehmen und Daten auszutauschen über die Telefonleitung zum Ortstarif. Der Zugang zum Netz wird von Providern gegen Entgelt angeboten (z.B. Bürgernetzvereine, t-online, AOL, compuserve u.a.).

Der Nutzer entscheidet, ob er nur passiver Kunde („client“) und Rezipient bei anderen Rechnern auf dem Netz ist oder ob er auf seinem Gerät („server“) auch Daten für andere Nutzer zur Verfügung stellt. Das Netz ist interaktiv, das Bild vom passiven Mediennutzer wandelt sich.

Weltweit rechnen wir im September 1999 mit rund 147 Millionen Nutzern (darunter 66 Millionen in den USA und 43 Millionen in Europa). Die Prognose für das Jahr 2001 lautet weltweit rund 225 Millionen Nutzer. In Deutschland hatten im Sommer 1999 42 Prozent der Haushalte einen PC, 8 Prozent einen Internet-Zugang. 11 Millionen Erwachsene nutzen das Internet, davon sind 65 Prozent Männer, 40 Prozent sind unter 30 Jahren alt und 57 Prozent haben Abitur oder Studium.

Die Programme zur Bedienung des world wide web („WWW“, unter Kennern auch das Kürzel für „weltweites Warten“), dem wichtigsten und bekanntesten Internetdienst, bezeichnet man als „Browser“ (z.B. Netscape Navigator bzw. Communicator, Internet Explorer).

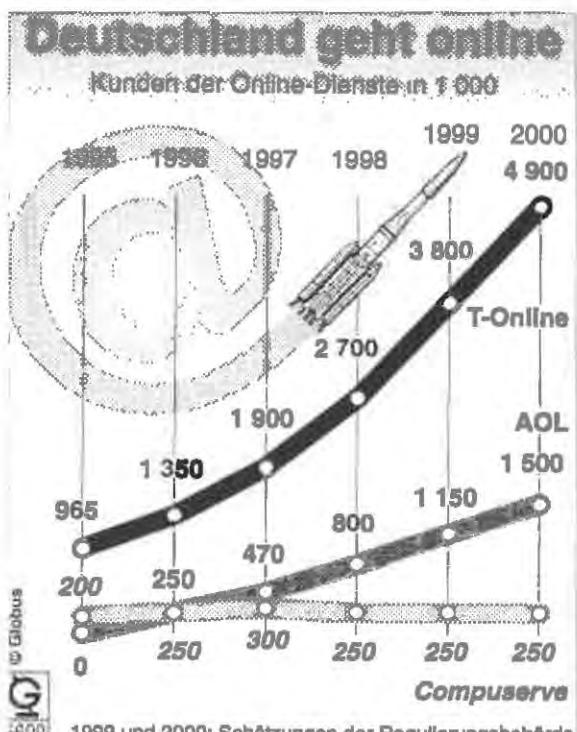
Das Internet setzt sich zusammen aus :

- e-mail (elektronische Post per Datenübertragung)
- chat-rooms (elektronische Stammtische rund um den Globus, in denen bestimmte Themen diskutiert werden (to chat = quasseln))
- und dem world wide web (www).

Wissenskluft

Typisch für das Internet ist der sofortige lokale Zugriff am PC auf global

verteilte Informationen beliebiger Art und Qualität. Raum und Zeit schrumpfen durch schnelle, weltweite Kommunikation. Das Internet scheint bereits heute eine Revolution der Verfügbarkeit von Informationen auszulösen. Die bringt aber keineswegs automatisch eine Revolution an Zugänglichkeit und damit an Öffentlichkeit mit sich. Auch Informationen im Internet sind Infor-



mationen von interessanter Seite. Ökonomische, politische und persönliche Interessen prägen auch das Internet. Allerdings macht es der breiten Masse der Nutzer das Publizieren eigener Internetangebote immer einfacher, und es vereinfacht die Kommunikation zwischen politischen Initiativen.

Allerdings besteht hier auch eine erste Gefahr: es wächst die Wissenskluft in der Gesellschaft (auch global gesehen, Nord-Süd-Gefälle). Die Spaltung in Informationsreiche und Informati-

onsarme schreitet voran. Nur die mit der nötigen Medienkompetenz ausgestatteten Bürger nutzen das Netz und seine wertvollen Informationen. Dies erfordert hohen Kostenaufwand für Geräte und Nutzung. Auf der anderen Seite steht die größer werdende Zahl der Info-Armen, die mit „junk-information“ abgespeist werden.

Nutzung

Im Vordergrund des Interesses stehen Informationen über PCs, das Netz selbst, Soft- und Hardware-Angebote. Daneben registrieren die Suchmaschinen rund 60 Prozent der Suchanfragen mit pornographischem Inhalt. Politische Angebote spielen eher eine Nebenrolle. Das Internet ist kein Selbstläufer der Politisierung.

Mit dem Einzug des neuen Mediums Internet in die politische Bildung verbinden sich zahlreiche Hoffnungen und Wünsche. Am Anfang muß die folgende Grundeinsicht stehen: das Internet und seine Angebote sind nicht für das Lernen, Schule, Unterricht und politische Bildung produziert. Sie müssen erst brauchbar gemacht, didaktisch und methodisch vor- und aufbereitet werden.

Verbesserung der Zugänglichkeit von Informationen

Das schnelle und weltumfassende Medium kann Bibliotheken und Archive öffnen, nationale und internationale Medien präsent machen, Datenbanken erschließen. Und das alles in kurzer Zeit zu einem erschwinglichen Preis. Zugänglichkeit bedeutet:

Verfügbarkeit von großen Informationsmengen unterschiedlichster Qualität. Hohe Verfügbarkeit bedeutet hohe erfahrbare Komplexität. Sie kontrolliert zu reduzieren, verlangt vom Lernenden erhebliche Vorbereitungen (z.B. die Erarbeitung von Suchstrategien: wo könnte ich wie was finden?) und Anstrengungen. Grundkenntnisse sind erforderlich. Wenn ich nicht weiß, dass es das Statistische Bundesamt gibt, kann ich dort auch keine Informationen abfragen.

Das schnell auftauchende Problem ist, dass das Netz keine Systematik hat und jede Menge Informationsmüll enthält. Das Netz entzieht sich der Regelung der Qualität der Angebote. Medien- und Informationskompetenz ist deswegen ein zentrales neues Lernziel, ohne das eine Orientierung auf den Informationsdeponien unmöglich wird. Verfügbarkeit verursacht Probleme von Quantität und Qualität. Listen „guter“ Internetadressen sowie CD-Roms für das offline-Surfen versprechen Abhilfe. Damit wird aber ein wesentlicher Vorteil des Netzes durch pädagogische Eingriffe zugunsten effizienten Lernens ausgeschaltet.

Authentizität

Informationen kommen direkt von den Quellen, aus erster Hand, ohne daß zahlreiche Filter- und Auswahlmechanismen wie Redaktionen („gatekeeper“) selektierend, manipulierend und kommentierend in den Informationsfluß eingreifen. Nachrichten von politischen Widerstandsgruppen oder Bürgerkriegsparteien, die in staatlich gelenkten Propaganda-Apparaten nie erwähnt werden, können sich so eine Welt-Öffentlichkeit verschaffen. Als Beispiele seien genannt oppositionelle Gruppen in China oder Rest-Jugoslawien. Doch diese Chance schafft auch Probleme: das Internet ist ein sehr anonymes Medium, in das alle Interessierten mehr oder weniger offen ihre Sicht der Dinge einbringen können. Viele Informanten verstecken sich hinter phantasievollen Decknamen, aus denen nur selten die interessengeleitete Verbreitung offenkundig wird. Der Fälschung und Manipulation sind gerade in diesem Medium Tür und Tor geöffnet. Dies gilt besonders für Fotos, die heute mit Hilfe der digitalen Bildbearbeitung beliebig montiert werden können. Diese Bearbeitungen sind selbst für Profis nur schwer bis gar nicht erkennbar.

Informationen im Netz sind nicht authentischer als die in anderen, konventionellen, alten Medien. Erstens finden sich viele konventionelle Inhalte nur in einem neuen Medium. Zweitens handelt es sich häufig um Selbstdarstellungen höchst subjektiver Natur ohne Filter und Gegengewicht. Drittens produziert Authentizität jede Menge Text-

müll. Gesucht - und selten gefunden - sind seriöse und relevante Dokumente. Es ist eine noch ungelöste didaktische Aufgabe, angemessene Rahmenbedingungen des Lernens im Internet zu definieren und herzustellen. Das Netz allein bringt keinen automatischen Lernerfolg.

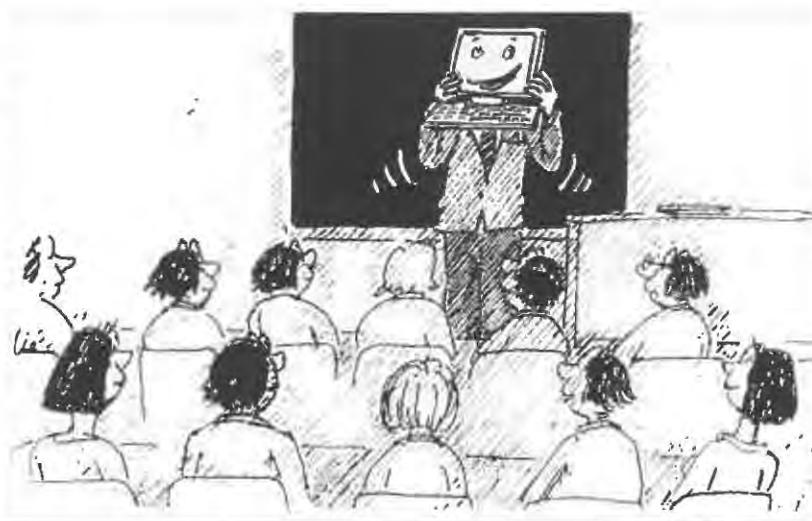
Aktualität von Informationen

Das Internet kann in Sachen Aktualität und Schnelligkeit mit den elektronischen Medien Radio und Fernsehen konkurrieren. Nachrichten rund um den Globus werden mit wenigen Minuten Verzögerung ins Netz gestellt. Zeitungen von morgen können bereits am Abend im Netz weltweit gelesen werden. Aktualität ist immer auch ein Problem der Anbieter, die aktualisieren müssen.

Gezielt navigieren zu können ist die Voraussetzung für Selbststeuerung. Bei zwei oder mehreren Nutzern am PC - was die Regel ist - ist dies schon sehr eingeschränkt möglich. Im Kern schrumpft Interaktivität auf die Abschwächung räumlicher, zeitlicher und praktischer Grenzen von Kommunikation. Neue Techniken verändern nicht die meist praktizierte Kommunikation von oben nach unten.

Vor- und Nachteile

Es besteht die Gefahr der Fragmentierung von thematischen und inhaltlichen Zusammenhängen. So kann es zu erheblichen Orientierungsschwierigkeiten im Netz und am Thema kommen. Bei einem richtigen Medieneinsatz ergibt sich aber auch weniger Frontalunterricht, individuellere Lernformen und Teamarbeit dominieren.



Zeichnung: Liebermann

Interaktivität und Selbststeuerung

Die nationale und internationale Kommunikation mit anderen Netzteilnehmern eröffnet in diesem Medium neue Möglichkeiten des Lernens weit über die politische Bildung hinaus. Virtuelle Rundgänge durch das Weiße Haus oder Downing Street 10 sind unschätzbare Bereicherungen des Fremdsprachenunterrichts. Der weltweite Gedankenaustausch per e-mail mit Schülern in anderen Ländern schafft neue Horizonte des interkulturellen Lernens und fördert das Verständnis für andere Völker.

Informationen aus dem Netz sind meistens Texte, manchmal Zahlen. Ausschaulichkeit und Verständlichkeit hängen aber von der inhaltlichen und didaktischen Qualität der Angebote ab. Was immer noch fehlt ist eine Internet-Didaktik und didaktische Konzepte für das Lernen mit dem Netz. Bilder an sich machen Zahlen und Texte noch nicht verständlicher.

Das Internet ist textlastig. 89 Prozent der Angebote sind von Texten dominiert. Viele, gerade politische Angebote verfehlten derzeit noch das didaktische Niveau von entsprechenden Schulbüchern, weil sie eben auch nicht für die Schule und für den Einsatz in

der politischen Bildung konzipiert sind. Das Internet kann das Lehrbuch noch nicht ersetzen, sondern es hat bei richtigem Einsatz komplementäre Qualitäten (z.B. durch Einbeziehung aktueller Quellen von globaler Dimension).

Motivation

Das technisch-faszinierende Medium Internet ist für die meisten Lernenden eine Motivation an sich. Die Aufgabe des Lehrers/Trainers besteht vielmehr darin, sie zu kanalisieren und auf Lernziele hin zu orientieren. Beliebiges Surfen und Sich-treiben-lassen im Ozean der Informationen ist noch keine politische Bildung.

Die lernmotivierende Wirkung des Internets hält aber nicht lange an. Ernüchterung ist sicher, sobald die Lernenden gemerkt haben, daß es vor allem um das Auswählen, Lesen und Bearbeiten von Texten geht. Interesse entsteht nicht durch neue Technik, sondern durch sinnvolle Inhalte, gute Präsentation und spürbare Lernerfolge.

Technische Medienkompetenz

Lernen mit dem PC - ob online oder offline - erfordert neue technische Medienkompetenzen, die über die Kultutechnik Lesen oder das Hören hinausgehen. Hier müssen Voraussetzungen geschaffen werden, die ein gleichberechtigtes Lernen überhaupt erst ermöglichen, um die bestehende Wissenslücke in der Gesellschaft nicht noch weiter zu vertiefen.

Das Internet ist kein Schlaraffenland der Information. Wer nicht in der Flut der Daten ertrinken will, braucht intelligente Suchstrategien und Navigationshilfen. Nur so kann aus der Fülle der weltweit abrufbaren Information wirkliches Wissen gewonnen werden. Andernfalls endet die oft mühevolle, teure und zeitintensive Suche bei mageren Ergebnissen und Frustration. Die gebotenen Chancen des Netzes sind verpaßt. So taugt das Internet nur als Medium der Zerstreuung. Die schnelle Ablenkung und Abschweifung von Suchpfaden endet im endlosen Cyber-Space.

Bildung läßt sich nicht einfach konsumieren. Vielmehr brauchen wir eine

hartnäckige und zeitraubende intellektuelle Auseinandersetzung mit Inhalt und Form der online-Angebote. Weder Navigieren noch Visualisieren befreien von der Anstrengung des Begriffs. Wo sie fehlt, fehlt auch das Begreifen.

Forderungen

Die Zugänge zum Netz mit Lernenden sollten systematisch auf Exemplarisches begrenzt werden: d.h. didaktisch ausgewählte und aufbereitete Pools von Anbietern, Webseiten und Links (Querverweisen im Netz) sollten gezielt in das online-Lernen eingebracht werden. Navigationshilfen für eine sinnvolle Orientierung im Netz müssen vermittelt und gelernt werden. Die Lernenden müssen in die Lage versetzt werden, sich selbstständig zielgerichtet zu informieren und Datenbestände des Netzes aufzuspüren, zu vergleichen und zu bewerten. Damit verliert das Internet zwangsläufig etwas vom Glanz und Mythos der Unabhängigkeit und Anarchie. Gleichzeitig haben wir einen Gewinn an Lernwirksamkeit, sowie organisatorischer, technischer und finanzieller Effektivität.

Politische Bildung funktioniert nach wie vor auch ohne das Internet. Es muß als Informationsmedium in der politischen Bildung nicht vorkommen. Aber die sich bietenden Chancen sollten politische Bildner nicht ungenutzt lassen. Auf jeden Fall muß die sich weltweit entwickelnde Online-Kommunikation als Thema in der Medienerziehung einen festen Platz bekommen. Die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen sind viel zu groß, als daß sie als Thema fehlen dürfen.

Für den Einsatz dieses relativ neuen Mediums in der politischen Bildung sollten folgende Kriterien gelten:

Das Internet muß

- * inhaltlich-qualitativ,
- * methodisch-lernerfolgsermäßig,
- * technisch-organisatorisch,
- * und geld- oder zeitökonomisch besser sein als konventionelle Medien.

Internet darf in der politischen Bildung kein Selbstzweck werden. Das wird es dann, wenn das gleiche Ergebnis mit anderen, konventionellen Mitteln erreicht werden kann. Fun und Edutainment dürfen nicht im Mittelpunkt stehen. ■

Michael Schröder

Gezielt suchen - Intelligent surfen

Hilfreiche Internet-Adressen für die politische Bildung

Deutscher Bildungsserver: <http://dbs.schule.de/>

Bayerischer Schulserver: <http://dbs.schule.de/db/by/listen.html>

Zentrale für Unterrichtsmaterialien im Internet: (ZUM Internet e.V.)
<http://www.zum.de/>

Bayerischer Schulserver: <http://www.schule.bayern.de/>

College-R@dio: <http://www.br-online.de/bayern2/collegeradio/>

Politische Zeitschrift (PZ) der Bundeszentrale für politische Bildung:
<http://www.pz-net.de/>

Quellen zum Politikunterricht: <http://www.zum.de/cgi-bin/hoturls?politik>

Politik-links: <http://www.heh.uni-oldenburg.de/~dirks/politik.htm>

Nützliche Adressen für Politik- und Sozialwissenschaftler:
<http://www.fingerhut.de/geisteswissenschaften/politiksoziologie.htm>

Political Science Resources: <http://www.psr.keele.ac.uk/>

Politics and social sciences:

<http://www.rz.uni-karlsruhe.de/Outerspace/VirtualLibrary/301.html>

Informationsrecherche im Internet:

<http://home.t-online.de/home/wadel/kursivli.html>

Hot Links in Gemeinschaftskunde: <http://www.uni-karlsruhe.de/~za301/gklinks>

Wissenschaft plus Politik: <http://staff-www.uni-marburg.de/~rillingr/home.html>

„Spiegel“-Politik-Links: <http://www.spiegel.de/links/>

Rechtsextremismus/Neo-Nazismus: <http://www.burks.de/nazis.html>

Das neue Einbürgerungsrecht auf dem Prüfstand

Kontroverse Diskussionen über Aufgaben der Verwaltung
und Konsequenzen für die Gesellschaft*

Fast wäre es schiefgegangen, dann lag der Termin geradezu ideal. Die Tagung zum neuen Einbürgerungsrecht war darauf angelegt, ein neues Gesetz einer ersten kritischen Prüfung durch Praktiker aus allen Bereichen auszusetzen. Doch plötzlich - nach der Landtagswahl in Hessen - sah es so aus, als würde bis zum Juni 1999 noch gar kein gültiges Gesetz vorliegen.

Zum Glück gerieten die Mühlen der Politik nur kurzfristig ins Stocken, die Tagung hatte ihr Thema. Zwar wurde anfangs hier und da bedauert, dass die Durchführungsverordnungen noch nicht vorlagen. Aber das solle man als Chance ansehen, selbst auf ihre Entstehung Einfluss zu nehmen, meinte Dr. Gerd-Dieter Schoen vom Bundesministerium des Innern, der das Eröffnungsreferat über die rechtliche Dimension der neuen Einbürgerungsregelungen hielt. Seine Empfehlung: Regelungslücken aufzeigen, Unklarheiten benennen, Problembeispiele herausstellen und mit solchen Materialien über die Innenministerien der Länder auf den Verordnungsgeber einwirken.

Die Tagungskonzeption zielte in diese Richtung: ein Fachgespräch mit Praktikern aus staatlicher Verwaltung (Kommunen, Landkreise und Bezirke), Sozialberatern, Ausländerbeauftragten, Ausländerbeiräten, Vertretern von Konsulaten. Eine begrenzte Teilnehmerzahl; vertrauliche, offene Diskussionen ohne Medienpräsenz, die Referate nur als kurze Statements.

*In Kooperation mit dem Europäischen Forum für Migrationsstudien (efms) in Bamberg und der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

Allgemein wurde bedauert, dass es nicht gelungen war, eine umfassende Gesetzesregelung zu schaffen, die die vorhandenen Unstimmigkeiten zwischen Staatsbürgerschaftsrecht und Ausländerrecht beseitigt. Kritisiert wurden die im Gesetzesentwurf anzutreffenden unbestimmten Rechtsbegriffe. Wenn es z.B. heisse, dass bei Einbür-

Auch das Optionskonzept enthält noch eine ganze Reihe offener Fragen: Was ist mit der Staatsangehörigkeit, wenn zwei "Optionsdeutsche" vor der Option (mit 23 Jahren) Kinder bekommen? Welchen ausländerrechtlichen Status hat jemand, der sich mit 23 Jahren für die ausländische Staatsbürgerschaft entscheidet?

Überlegungen zum - durchaus erheblichen - Verwaltungsaufwand des Optionsmodells führten zu der Forderung einer Personalaufstockung in den Einbürgerungsbehörden. Die Arbeitsentlastung durch den Wegfall der Einbürgerungen der Spätaussiedler könne das nicht kompensieren.

Sehr lebhaft diskutiert wurden die nach dem neuen Gesetz erforderlichen Sprachkenntnisse. Diktat, Leseprobe, Gesprächsfähigkeit. Wie soll ein objektiver Test aussehen, der so viel entscheidet (Auschlussgrund)? Nicht weniger kontrovers auch die Diskussion zu den von der Enquete-Kommission "Demografischer Wandel" angeregten Einbürgerungskursen, die insgesamt positiv gesehen wurden als richtiges Signal an die Migranten wie die Aufnahmegeellschaft, dass die Einbürgerung Rechte und Pflichten beinhaltet. Der efms-Vorschlag, die Teilnahme obligatorisch zu machen, aber keine Prüfung, d.h. keine Auswahl vorzusehen, wurde z.T. als zu unverbindlich kritisiert.



Zeichnung: Tomaschoff

gerungen unter Hinnahme der Mehrstaatigkeit künftig berücksichtigt werden solle, ob dem Antragsteller erhebliche wirtschaftliche Nachteile entstehen, so seien hier Klarstellungen für die Vollzugspraxis unerlässlich.

Auch diese Tagung hat einmal mehr gezeigt, dass die Akademie in ihrer Rolle als neutrales Forum für ein internes, oft kontroverses Fachgespräch zwischen unterschiedlichen Interessen zunehmend nachgefragt wird. ■

Karl-Heinz Willenborg

Live dabei bei Bayern-Live

Betriebsausflug nach Landshut und in die Kulissen der BR-Studios



Der diesjährige Betriebsausflug der Akademie führte die Kolleginnen und Kollegen in die niederbayerische Bezirkshauptstadt Landshut und in die Fernsehstudios des Bayerischen Rundfunks. Nach einer Besichtigung der historischen Altstadt Landshuts empfing Oberbürgermeister Josef Deimer, der auch Akademie-Kurator ist, seine Gäste im Festsaal des Rathauses. Er ließ es sich nicht nehmen, Anmerkungen zur aktuellen Finanznot der Gemeinden angesichts der Sparpolitik in Berlin zu machen.

Oberbürgermeister Josef Deimer (2.v.l.) zeigt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Akademie das Landshuter Stadtmodell

Beim Besuch der Fernsehstudios in Freimann konnten die Interessierten einen Blick hinter die Kulissen einer Fernsehproduktion werfen. Sie waren direkt im Studio dabei, als „Bayern-Live“, das aktuelle Regionalprogramm des Bayerischen Fernsehens, gesendet wurde. Der große technische und personelle Aufwand und die Hektik einer solchen Sendung, von der der Zuschauer draußen am Bildschirm nichts mitbekommt, waren für die meisten Studiogäste eine neue Erfahrung. ■ ms



Bayern-Live Moderatorin Renate Herzberg ließ sich bei der Arbeit über die Schulter gucken.

Fotos: Schröder

Akademie vor Ort: Besuch in der Drehbuch-Werkstatt

Einen Seminarraum der ganz besonderen Art hatten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Programms über die „Daily Soaps“ ausgesucht: nicht wie gewohnt im Hörsaal der Akademie, sondern am Original-Drehort auf der Bootswerft Simmerding in Leoni am Starnberger See fanden die Gespräche mit der Drehbuchautorin Gudrun Eisenmann (2.v.l.) und dem Produzenten Mathias Deyle (Mitte) der erfolgreichen Vorabendserie „Aus heiterem Himmel“ statt. „Wenn Seife süchtig macht - von den Hesselbachs zum Marienhof“ - so der Titel der Tagung, die gemeinsam mit der Landesarbeitsgemeinschaft Film und Medienerziehung (LAG Film Bayern) veranstaltet wurde. Fernsehkritikerin Anne Rose Katz gab einen Abriss über fünf Jahrzehnte deutsche Fernsehuntermaltung und Prof. Dr. Michael Jäckel von der Universität Trier bot zusammen mit seiner Mitarbeiterin Elke Heinrichs neue empirische Forschungsergebnisse über die erfolgreichen täglichen Vorabendserien im deutschen Fernsehen. Am Rande der Tagung nahm der Radiojournalist Pit Klein eine Diskussionssendung mit den Referenten auf, die auf SWR 2 gesendet wurde. ■ ms



Förderkreis der Akademie für Politische Bildung e.V.

EINLADUNG ZUR MITGLIEDSCHAFT

1988 haben einige der Akademie nahestehende Persönlichkeiten den Förderkreis der Akademie für Politische Bildung gegründet mit dem Ziel, die Bildungsarbeit der Akademie bei den Projekten finanziell zu unterstützen, die nicht durch staatliche Haushaltsmittel realisiert werden können. 1. Vorsitzender des Vereins ist seit Juli 1995 Oberstleutnant a. D. Gernot Abendt aus Tutzing. Der Anfang wurde 1989 mit der Ausschreibung eines Schülerwettbewerbs zum Thema "40 Jahre Bundesrepublik Deutschland" gemacht; es folgte finanzielle Hilfestellung bei der Gewinnung bedeutender Referenten für die Tagung "Demokratie und Nation - ein deutsches Dilemma" sowie Unterstützung der Expertentagung "Reaktorsicherheit und Energiepolitik in Osteuropa" durch projektbezogene Spenden. 1995 wurde ein Publikationsprojekt durch den Förderkreis finanziert, 1997 ein VW-Bus.

Wir möchten Sie herzlich zur Mitgliedschaft im Förderkreis einladen, um so den Kontakt zu vertiefen, der durch den Bezug des Reports oder Teilnahme an Tagungen bereits besteht. Der Förderkreis ist als gemeinnütziger Verein anerkannt und somit berechtigt, Spendenquittungen auszustellen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt DM 50,- im Jahr; die Vereinssatzung wird Ihnen auf Anforderung gerne zugesandt. Über neue Mitglieder würden wir uns sehr freuen.

Geschäftsstelle: 82327 Tutzing, Buchensee 1, Tel. 08158/256-0 / Fax: 08158/256-51

Bankverbindung: Kreissparkasse Starnberg, Zweigstelle Tutzing, BLZ 700 540 80
Konto-Nr. 430 592 477

An den
Förderkreis der
Akademie für Politische Bildung e. V.

82323 Tutzing

BEITRITTSEKLÄRUNG

Hiermit erkläre ich meine Mitgliedschaft im Förderkreis der Akademie für Politische Bildung.

- Den Mitgliedsbeitrag überweise ich.
- Ich bitte um Übersendung einer Einzugsermächtigung.

Name, Vorname:

Titel, Beruf:

Anschrift, Telefon:

Datum, Unterschrift:

Hanne Fassmann berichtet in der „SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG“ vom 26. Juli 1999:

Einmal plaudern statt diskutieren

Gute Stimmung trotz schlechten Wetters beim Sommerfest der Politischen Akademie

Wenn ein Sommerfest mit strömendem Regen beginnt, so ist das in der Regel für den Gastgeber besonders frustrierend. So war es am Freitag Abend auch für Heinrich Oberreuter, den Direktor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Im Lauf des Abends merkte der Professor jedoch, daß das „Sauwetter“ seinem Sommerempfang mit rund 400 Gästen keinen Abbruch getan hat.

Die langen Flure und vielen Zimmer mit ihren großen Glasfenstern zum neu angelegten Garten hinaus erwiesen

sich geradezu als ideal für das lockere Treffen, bei dem nicht wie das ganze Jahr über getagt und diskutiert, sondern nur geplaudert und gefeiert wurde. Gegen 22 Uhr zog Akademiedirektor Oberreuter denn auch eine positive Bilanz: „Die Mehrzahl der Einladeten ist gekommen, unser Haus wird also geschätzt“, sagte er zur SZ. Unter seinen Gästen befanden sich etwa ein Dutzend Konsulinnen und Konsule von Rußland bis Kanada, der Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten Reinhold Bocklet,

der ehemalige bayerische Kultusminister und jetzige Kuratoriums-Vorsitzende Hans Maier und die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag, Ruth Paulig. Die CSU-Bundestagsabgeordnete Ilse Aigner entschuldigte sich, sie war in Rosenheim steckengeblieben. Die FDP-Abgeordnete Sabine Leutheusser-Schnarrenberger dagegen („Ich komme immer, wenn's irgendwie geht“) genoß den ganzen Abend: „Heute trifft man die Leute mal privat, sonst stehe ich als Referentin meistens unter Zeitdruck.“ Auch viele Tutzinger, wie die Bürgermeister Peter Lederer und Hubert Hupfauf, die Pfarrer Hans-Martin Köbler und Hans Marquard sowie der Direktor der Evangelischen Akademie, Friedemann Greiner, bevölkerten die Räume. ...

Im „BERLINER TAGESSPIEGEL“ vom 29. Juli 1999 schreibt Eduard Gloeckner:

Friedensbewegung von Moskaus Gnaden?

... Moskau hatte seit Mitte der 70er Jahre neue, zielgenaue, auf deutsche und westeuropäische NATO-Stellungen gerichtete Mittelstreckenraketen („SS-20“) stationiert. Darauf beschloß die NATO, in Europa „Gegenstationierungen“ von ähnlichen zielgenauen Mittelstreckenraketen vorzunehmen, wenn die sowjetische Führung zu einer Verhandlungsregelung nicht bereit wäre. Die Glaubwürdigkeit des NATO-Doppelbeschlusses lief darauf hinaus, dass nach einem von Moskau gewollten Scheitern der Verhandlungen die NATO vor allem in der Bundesrepublik ihre neuen Mittelstreckensysteme stationiert hätte. So versuchte die Sowjetführung, jene linken, antwestlichen oder pazifistischen Gruppierungen zu ermuntern und zu stärken, damit auch durch öffentlichen Druck eine Entscheidungsbildung ge-

gen die NATO-Option zustande käme. Die meisten Experten der Tagung sprachen von einer politischen Instrumentalisierung dieser mobilisierten Minderheit. ...

Wie Hans-Peter Müller vom FU-Forschungsverbund betonte, waren die Kommunisten als wesentliche Drahtzieher der Anti-Raketen-Bewegung Anfang der 80er Jahre Musterschüler der Genossen in Ost-Berlin und Moskau. Sie mussten nicht unter Druck gesetzt werden. Das wurde auch von Günther Wagenlehner - vormals für psychologische Kriegsführung im Bundesministerium der Verteidigung tätig - bestätigt, als er darauf hinwies, daß für die Drahtzieher in Moskau und Ost-Berlin vor allem die Suche nach Multiplikatoren wichtig erschien. Als willkommene Vorzeige-Exemplare, als „Generale für den Frieden“, er-

schienen ihnen unzufriedene, teils pensionierte Generale der Bundeswehr und solche in anderen NATO-Ländern. Die beiden Berliner Zeithistoriker Hubertus Knabe (Autor des bald erscheinenden Buches „Die unterwanderte Republik. Die Stasi im Westen“) und Jochen Staadt verwiesen vor allem auf diese recht heterogene Gruppe mit dem bekannten General Gert Bastian. Markus Wolf, der langjährige Spionagechef Ost-Berlins, bekannte in seinen Memoiren, dass die „Generale für den Frieden“ vom Sicherheitsdienst der SED infiltriert worden seien. Auch wurden die Generale mit faktenreichen Papieren ausgestattet, die vom KGB und MfS ausgearbeitet wurden, um schließlich in der Anti-Raketen-Kampagne der Desinformation westlicher Medien und Politiker zu dienen. ...

Peter Schmalz schreibt in: „DIE WELT“ vom 30. Juli 1999:

Unvollendete Erfolgsgeschichte der östlichen Propaganda

Die Welt hat sich dramatisch verändert, doch Viktor Tjutjunow will sich seine kommunistischen Ideale nicht verwässern lassen. Noch heute ist dem einstigen hochrangigen ZK-Funktionsärzt der KPdSU die Sowjetunion die eigentliche Friedensmacht. Es sei doch Lenin gewesen, der der Sowjetunion die beiden Leitideen gegeben habe: „Boden für die Bauern - Frieden für die Menschen“. Und daran habe sich die UdSSR von ihrem Anfang an bis zum Verschwinden gehalten.

Mehr amüsiert als verärgert verneinen Historiker wie Manfred Wilke und Hubertus Knabe in Tutzings Akademie für Politische Bildung Tjutjunos Behauptung, bei der Suche nach „friedenssichernden Gedanken in anderen Ländern“ habe man Kontakt zu westeuropäischen Friedensbewegungen gefunden und sie „maximal korrekt und ohne einen Hauch von Einmischung“ unterstützt.

Die, die sich nach der Wende durch die kommunistischen Papierberge gewöhnt haben, zeichnen über die „Friedensbewegung im Kalten Krieg“ ein ganz anderes Bild. Michael Ploetz vom Berliner „Forschungsverbund SED-Staat“ erinnert daran, daß Friedensförderung für Lenin nur ein propagandistisches Vehikel gewesen sei, „um den imperialistischen Krieg in einen weltweiten Bürgerkrieg gegen die bürgerliche Gesellschaft umzuwandeln zu können“. Die Tagung in Tutzing rollt einen Abschnitt deutscher Geschichte auf, der hinter den umwälzenden Ereignissen des vergangenen Jahrzehnts aus dem Blick geraten ist, der manchem, der sich damals als ein großer Friedensheld fühlte, heute reichlich peinlich erscheinen mag. ... Die Sowjetunion, so Wilke, sah das Ziel erreichbar, Westeuropa von den USA zu trennen. Über den Friedens-

rat der DDR, angebunden an Mielkes MfS und an die von Honecker-Schwiegersohn Manfred Feist geleitete Abteilung 10 (Auslandsinformation), wurden in der Bundesrepublik Kontakte geknüpft zu den Gruppen, die für eine antiwestliche Agitation am ehesten zu erwärmen waren - „Vertreter bürgerlicher Schichten, insbesondere Lehrer und Dozenten, Pfarrer, Studenten und Sozialarbeiter“, Multiplikatoren für die östlichen Abrüstungsbotschaften. In gemeinsamen Strategiesitzungen schufen SED, DKP und die Deutsche Friedens-Union (DFU) die Plattform für den „Krefelder Appell“, die wohl größte Erfolgsstory kommunistischer Agitation auf westdeutschem Boden. Anfangs unterschrieben von 50 Persönlichkeiten, meist „abonnierten Unterzeichnern“ linker Aufrufe, fand er in kaum einem Jahr fast 800 000 Unterschriften. Die Neutralisierung der westdeutschen Gesellschaft schien nahe. ...
(Siehe auch Seite 16)

Hans Leyendecker schreibt in der „SÜddeutschen Zeitung“ vom 6. Juli 1999:

Enttarnung scheibchenweise

...Alle bisher bekannten „Erkenntnisquellen zur Spionage der HVA“ seien zwar „wertvoll, aber doch gering im Verhältnis zu denen, die unter dem Namen „Rosenholz zusammengefasst werden“, erklärte der Karlsruher Bundesanwalt Joachim Lampe jüngst in einem Vortrag in Tutzing. Lampe, der in den Prozessen gegen Wolf und den früheren Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD, Karl Wienand, die Anklage vertrat, kennt das Schattenreich der Stasi besser als jeder andere deutsche Strafverfolger. Gemein-

sam mit seinem Kollegen Wolfgang Siegmund und mit Fahndern des Bundeskriminalamtes war er nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik im Oktober 1990 darangegangen, die HVA aufzurollen. Etwa 1000 Kundschafter der HVA sollen am Ende der achtziger Jahre noch in der Bundesrepublik gearbeitet haben. Gegen 7099 Deutsche aus Ost und West wurden nach der Wende Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Spionage eingeleitet, darunter waren etwa 20 ehemalige Offi-

ziere der HVA. Die meisten Verfahren wurden wegen Geringfügigkeit leise erledigt. In 214 Fällen wurden Freiheitsstrafen zur Bewährung ausgesetzt. In 53 Fällen wurden die Angeklagten zu Haftstrafen ohne Bewährung verurteilt. 51 von ihnen waren Bundesbürger. Die spektakulärsten Urteile betraten den Agenten Rainer Rupp, der als „Topas“ NATO-Geheimnisse verraten hatte, und den Verfassungsschützer Klaus Kuron, Deckname „Stern“, der für Doppelagenten zuständig gewesen war und zum Doppelagenten wurde. Beide wurden zu jeweils zwölf Jahren Haft verurteilt. ... (Siehe auch Seite 16)

Achim Sing schreibt in der „BAYERISCHEN STAATSZEITUNG“ vom 13. August 1999:

Von der Weißen Rose bis zum 20. Juli: Unterschiedliche Wege in den Widerstand

Widerstand brachte Sand ins Getriebe des NS-Regimes. Die Formen des Widerstandes waren vielfältig - vom geradlinigen Widerstehen Einzelner im Alltagsleben bis zu Attentaten auf den „Führer“....

Das Podium bot einen Querschnitt vom aufrechten Unangepassten über den studentischen Widerstand der Weißen Rose bis zum militärischen Widerstand. Ihre persönliche Entwicklung zwischen Verführung und Widerstehen im „Dritten Reich“ schilderte Dr. Marie-Luise Schultze-Jahn. Die damalige Chemie-Studentin an der Münchener Universität war mit Hans Leipelt befreundet, den die Richter des NS-Regimes wegen seines Engagements in der Weißen Rose hinrichten ließen; Schultze-Jahn wurde zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Den Weg

zum Widerstehen beschrieb sie als Schwanken zwischen Faszination und Abscheu vor dem Regime: Die Olympischen Spiele 1936 habe sie wie im Rausch erlebt - „ganz Berlin lebte im Rausch“. Doch dem Rausch der Menge folgte die Ernüchterung.

Ebenfalls am Institut Wielands hatte Hildegard Hamm-Brücher eine rettende Nische gefunden: „Wieland war mein Schutzpatron“, der sie durch einen Laborplatz im Institut vor Verfolgung wegen ihrer jüdischen Herkunft gerettet habe: „Hätte es an jeder Universität drei Wielands gegeben, dann hätte es in Deutschland anders ausgesehen.“....

Einen provokativen Akzent auf dem Podium setzte der Münchener Rechtsanwalt und Publizist Dr. Otto Gritschneider. Er hatte sich bereits als

Abiturient 1933 offen gegen die Nationalsozialisten gestellt, eckte immer wieder an und erhielt keine Zulassung als Anwalt, weil er dem Regime zwar „fachlich geeignet, aber politisch unzuverlässig“ erschien. In seinem Diskussionsbeitrag wandte sich Gritschneider gegen „Legende und Mythos“ des militärischen Widerstands vom 20. Juli 1944: „Der 20. Juli muß auf weiten Strecken entmythologisiert werden.“....

Professor Dr. Hans Mommsen plädierte aus dem Publikum dafür, die unterschiedlichen Beweggründe für den Widerstand auseinander zu halten. Die moralische und politische Legitimation von Widerstand dürfe nicht zu stark vermengt werden. Es helfe wenig, „rein moralisch zu argumentieren“ und dabei die Ziele der Widerstandskämpfer außer Acht zu lassen: „Der bloße Einsatz von Leben legitimiert Widerstand nicht.“ Die heftige Diskussion zeigte die Ambivalenz des Widerstandes im „Dritten Reich“.
(Siehe auch Seite 11)

Matthias Gierth schreibt im „RHEINISCHEN MERKUR“ vom 20. August 1999:

Von der Macht der Andersdenkenden

Zwei deutsche Diktaturen - zwei unterschiedliche Formen des Widerstandes. Verbunden sind sie durch die Klammer der großen Frage: Gibt es eine moralische Pflicht zum Widerstehen? Und wie ist das Verhalten jener zu beurteilen, die sich duckten, mitschwammen? Spät aufgehrten; oder nie?....

Im Gegensatz zur NS-Zeit beginnt die Aufarbeitung des DDR-Widerstandes erst nach und nach. Ähnlichkeiten tauchen auf, Unterschiede. „Das oppositionelle Potential“, urteilt der Berliner Historiker Armin Mitter, „war in bei-

den Diktaturen gleich groß. Der Unterschied ist offensichtlich: Den Nationalsozialismus hat die Mehrheit der Bevölkerung unterstützt. DDR-Bürger standen kaum hinter ihrem System.“ Arnold Vaatz, heute Ost-Bundestagsabgeordneter der CDU, saß wegen DDR-Systemkritik im Gefängnis. Die meisten Ossis, urteilt er, „haben sich eingearbeitet“ und versucht, „das Beste herauszuholen“. Die Menschen gingen vom politischen Fatalismus aus. Dissidentengruppen gab es: in der Kirche, im Kulturbereich, sogar in der Partei. Aber der Begriff des Wider-

stands ging subjektiv sehr weit. Vaatz: „Für den einen hieß das, nicht zu wählen, für den anderen, Deutschlandfunk zu hören oder nur zu erzählen, man habe ihn gehört.“

Auch hier wieder die Frage: Gab es nicht gute Gründe, Widerstand zu unterlassen? Vielleicht, weil er erfolglos schien? Andererseits: Hat nicht gerade dies das System so lange gestützt? Die Phänomene werden noch lange beschäftigen. Sie müssen es auch. Denn es geht darum, für die heutige wiedervereinigte Gesellschaft ein Sensorium für demokratische Standfestigkeit zu entwickeln.
(Siehe auch Seite 11)

50 Jahre Soziale Mark(t)wirtschaft
Eine Erfolgsstory vor dem Ende?
 Peter Hampe, Jürgen Weber (Hg.)
 Olzog Verlag GmbH, München, 1999, 192 S., DM 19,80

Autoren: Christoph Buchheim • Heiner Flassbeck
 Heinz Grossekettler • Peter Hampe • Wilhelm Hankel
 Volker Hentschel • Rudolf Hickel • Otto Schlecht
 Helmut Schlesinger • Wolfgang Streeck • Jürgen Weber
 Christian von Weizsäcker

Die Währungsreform im Jahre 1948 und die zeitgleiche Einführung der Sozialen Marktwirtschaft erwiesen sich als ein Glücksfall für Deutschland. Die viel gerühmte Stabilität der bundesdeutschen Demokratie und ihre Einwurzelung in den Gefühlshaushalt der Bürger wären ohne das sprichwörtliche Wirtschaftswunder mit der D-Mark als weltweit anerkannter Währung so schnell nicht Wirklichkeit geworden. Ein Rückblick auf jene entscheidenden Weichenstellungen sollte auch Anlaß sein, kritisch nach Fehlentwicklungen, Reformnotwendigkeiten und Entwicklungspotentialen unserer Wirtschaftsordnung zu fragen. Angesichts aktueller Herausforderungen (vor allem Massenarbeitslosigkeit, Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme und Globalisierung der Märkte) sind Fragen nach der Zukunftsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft keineswegs nur von wissenschaftlichem Interesse. Sie treffen zeitlich zusammen mit der Einführung des EURO, der in der bundesdeutschen Bevölkerung lange Zeit eher skeptisch eingeschätzt wurde. In dieser Umbruchsituation erwarten die Bürger zurecht, daß die Experten die Zusammenhänge erklären und somit Orientierungshilfe vermitteln können.

Peter Hampe
 Jürgen Weber (Hg.)

50 Jahre Soziale Mark(t)wirtschaft

Eine Erfolgsstory vor dem Ende?

OLZOG



Uwe Kranenpohl
Mächtig oder machtlos? Kleine Fraktionen
im Deutschen Bundestag 1949 bis 1994,
 Westdeutscher Verlag, Opladen 1999,
 427 S., DM 76,-

Die kleinen Fraktionen waren bisher nur selten Gegenstand der deutschen Parlamentarismusforschung. Dies ist überraschend, war doch lediglich in den Jahren 1960/61 und 1966 bis 1969 keine kleine Fraktion an der Bundesregierung beteiligt. Einen Beitrag zur Schließung dieser Forschungslücke bietet nun diese Studie.

Zunächst stellt die Untersuchung die thematischen Profile der seit 1949 im Bundestag vertretenen kleinen Fraktionen vor, die anhand der von ihnen initiierten parlamentarischen Drucksachen erfasst wurden. Darauf aufbauend werden Fragen der politischen Alltagspraxis der Kleinfraktionen erörtert. Wie können sie ihre Arbeit effektiver als SPD und Union organisieren, um nicht ins parlamentarische Hintertreffen zu geraten? Wie geht eine solche Fraktion mit abweichendem Verhalten ihrer Mitglieder um? Wie organisiert sie ihre Öffentlichkeitsarbeit?

Große Bedeutung für die Einflussmöglichkeiten einer kleinen Fraktion hat daneben natürlich auch die parlamentarische Arbeitsteilung zwischen Regierungsmehrheit und Opposition. Auf den harten Oppositionsbänken können kleine Fraktionen leicht der Bedeutungslosigkeit anheimfallen. Die Untersuchung legt aber dar, dass weder die Möglichkeiten einer kleinen Koalitionsfraktion zu über-, noch die einer kleinen Oppositionsfraktion unterschätzt werden dürfen. Überlegungen zu Kooperation und Konflikt zwischen Partei und Fraktion schließen die Studie ab.

Jürgen Weber, Michael Plazolo (Hrsg.),
Justiz im Zwecklicht. Ihre Rolle in Diktaturen und die Antwort des Rechtsstaats
Günter Olzag Verlag, München 1998;
358 S., DM 44,-

Das Richtige im Falschen?

... Die zwanzig Beiträge namhafter Wissenschaftler und Rechtspraktiker, die sich mit der neuen Justizgeschichte und ihrer rechtsstaatlichen Aufarbeitung befassen, greifen zwar geographisch weit aus, sind aber doch ganz überwiegend auf die deutsche Justizgeschichte bezogen. So informieren Hans Woller und Walther Bernecker über die gesellschaftliche Überwindung des Faschismus in Italien und die Erinnerung der spanischen Gesellschaft an den Bürgerkrieg von 1936, beinahe ohne die Justiz zu erwähnen. Nach Fernando Rosas Beitrag zu Portugal fragt man sich, inwieweit die politische Justiz dazu beitrug, daß das Regime Salazars lediglich ein „tendenziell totalitärer Staat“ war. ...

Scharfe Konturen erhält die Justiz erst in den Beiträgen zur nationalsozialistischen Diktatur. Jürgen Zarusky greift Ernst Fraenkels These auf, nach der der nationalsozialistische „Doppelstaat“ in einen rechtlich ungebundenen Maßnahmenstaat zerfiel. Demnach lassen sich selbst in der politischen Strafjustiz des Nationalsozialismus rechtsstaatliche Rudimente mit herrschaftsbegrenzender Wirkung nachweisen,

mit denen das Regime die legitimierende Wirkung scheinbar unabhängiger Gerichtsverfahren aufrecht erhalten wollte. Schärfer betont hingegen Bernhard Jahntz die diktatorische Lenkung und politische Funktion der Justiz am Beispiel des Volksgerichtshofs. Angesichts der pointierten Thesen beider Beiträge erscheint ihre empirische Grundlage schmal. Wie stand es um die politische Lenkung der nationalsozialistischen Strafjustiz unterhalb der Ebene des Volksgerichtshofs?

Die Justiz der DDR, der zweiten deutschen Diktatur, war nicht von Beginn an diktatorisch gelenkt. Hermann Wentker zeigt das anfangs eher behutsame Vorgehen der sowjetischen Besatzungsmacht bei der Umwandlung des deutschen Justizwesens. Während in den ersten Nachkriegsjahren auf rechtsstaatliche Normen aus der Zeit vor 1933 zurückgegriffen wurde, vollzog sich zugleich ein radikaler Personalaustausch in der Justiz. Er war mit dem Übergang der Justizführung an Ernst Melsheimer und Hilde Benjamin zu Anfang der fünfziger Jahre abgeschlossen und ermöglichte die systematische Instrumentalisierung der Justiz zu politischen Zwecken der SED. Dies zeigt Falco Werkentin anhand interner Strafstatistiken der SED, die in der propagierten Aufbauphase des Sozialismus von 1952 bis zum Ausbruch des Volksaufstands am 17. Juni 1953 einen „terroristischen Höhepunkt“ der Strafjustiz aufweisen.

Dieter Gosewinkel
Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. 7. 99

All den Studenten, die über den Tellerrand der juristischen Falllösung hinausblicken wollen, empfehle ich diesen Band ganz besonders. Er zeigt, wozu Juristen fähig sind, wenn die Politik sie verführt, nicht Recht, sondern Macht auszuüben. Juristen und Historiker analysieren die Rolle der Justiz im Nationalsozialismus, im Faschismus Italiens, Spaniens und Portugals, in den kommunistischen Diktaturen der UdSSR, Polens und der DDR. Für ausschließlich positivistisch ausgebildete Juristen stellte der Nationalsozialismus kaum ein Gerechtigkeitsproblem dar. Vor allem aber fehlte es nicht an Kronjuristen, die schon frühzeitig das Recht dem Führerprinzip unterstellt: „Der Führer schützt das Recht“ (Carl Schmitt) war nicht nur eine Rechtfertigung des Staatsmords; es war auch ein frühzeitiger Dammbruch, der eine an rechtsstaatlichen Traditionen orientierte Rechtsprechung erschwerte. Besonders wertvoll erscheint mir, daß in diesem Band nicht nur die Rechtsprechung in faschistischen und kommunistischen Diktaturen analysiert wird, sondern zugleich der Frage nachgegangen wird, wie mit den Richtern des Unrechts umzugehen ist.

Sicher ist nur, daß der Umgang mit dieser Justiz in allen Ländern als peinlich und schwierig empfunden wird. Die Versuchung liegt deshalb nahe, den Mantel des Vergessens auszubreiten. Mag dieser Weg auch am einfachsten sein, so ist er doch am problematischsten: Statt zu vergessen ist der Versuch weitaus wichtiger, die Unterscheidung von Recht und Unrecht historisch zu sichern und Opfern Genugtuung und oft zu späte Rechtfertigung zuteil werden zu lassen. Nur auf diese Weise läßt sich aus der Vergangenheit lernen, nur auf diese Weise erlangt die Vergangenheit eine reinigende Kraft für die politische Kultur.

Prof. Dr. Hans-Wolfgang Arndt, Mannheim
Juristische Schulung Heft 6/1999
(C.H.Beck Verlag)

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Januar

Nr. 02-1 10. - 12. 1.	Die Zukunft Europas Seminar für Landfrauen in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Bauernverband Leitung: Diemer	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr. 02-2 12. - 14. 1.	Spielplatz Computer Neue Medienwelten in einer sich ändernden Kindheit - (für Erzieherinnen) In Zusammenarbeit mit Studio im Netz (sin) und dem Landesfilmdienst Bayern Leitung: Schröder	Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
Nr. 02-3 14. - 16. 1.	Wieviel Arbeitslosigkeit verträgt die Demokratie? Ökonomie als politischer Stabilitätsfaktor Leitung: Hampe/Maruhn	Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53

Zeitenwende - Wendezzeiten - Weltenende?

Jahrhundertwechsel als Kommunikations- und Medieneignisse
In Zusammenarbeit mit der Fachgruppe Kommunikationsgeschichte
der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft

Nr. 03-2, 21. - 22. Januar 2000 Leitung: Dr. Michael Schröder, Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Tagungsgebühr: DM 80,- Dr. Markus Behmer

Das Jahr 2000 ist eine magische Grenze. Es spielt keine Rolle, dass das zweite Jahrtausend erst mit dem Jahreswechsel 2000/2001 endet. Rückblicke und Ausblicke, Analysen und wissenschaftliche Visionen sowie pseudowissenschaftliche Prophetien standen seit Monaten weit oben auf der Tagesordnung der Medien und ihrer Macher. Sonderhefte und -sendungen, Zeitungs- und Fernsehserien, Bücher und eine unüberschaubare Zahl von Internetseiten waren dem Thema Jahrtausendwechsel gewidmet. An Kneipentischen, am Arbeitsplatz und in den Familien wurde es als herausragendes Ereignis besprochen.

Drei Wochen nach dem feierträgigen Datumswechsel soll unsere Tagung Gelegenheit bieten, erste Analysen der medialen Thematisierung bzw. Inszenierung des Jahrtausendwechsels wie auch des gesellschaftlichen Diskurses darüber vorzustellen. Weiter soll allgemein über die Bedeutung von Zeitenwenden und "Schlüsseldaten" nachgedacht werden. Im Kreise von Wissenschaftlern, Journalisten, Publizisten und Medienpädagogen wollen wir die kommunikationswissenschaftlichen, soziologischen und historischen Perspektiven des Themas beleuchten. Dabei sollen auch Prognosen vergangener Zeiten auf den Prüfstand gestellt werden.

Nr. 04-1*
24. - 28. 1.

Was bleibt vom 20. Jahrhundert? Bilanz seiner zukunftsbildenden Kräfte
Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Weber/Münchenbach Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

H.Bäuerle@apb-tutzing.de R.Heinz@apb-tutzing.de D.Hoerstke@apb-tutzing.de N.Riewendt@apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Politische Bildung im Abseits?

Nr. 04-2, 28. - 29. Januar 2000

Leitung:

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter,
Klaus Grosch, Dr. Peter Hampe, Jürgen Maruhn

Sekretariat: Dagmar Hoerstke Tel. 08158/256-47

Aus allen Bereichen der politischen Bildung werden Krisensymptome und Defizite gemeldet, sei es bei der schulischen oder außerschulischen Jugendbildung, sei es bei der Erwachsenenbildung oder bei Bundeswehr/Zivildienst. Mit den politischen Veränderungen durch den Zusammenbruch des Ostblocks, weltweite Globalisierungstendenzen und die Probleme der „inneren Vereinigung“ scheint auch die politische Bildung in eine Umbruchphase geraten zu sein.

Die Tagung wendet sich an den Personenkreis, der in den genannten Feldern der politischen Bildung tätig ist. Sie will Symptome dieses Umbruchs identifizieren und soll Reformüberlegungen vorstellen, die für die Zukunftsrilevanz der politischen Bildung von Bedeutung sein können.

Februar

Nr. 05-1 31. 1. - 5. 2.	Europaforum 2000 - Simulation Internationaler Organisationen Leitung: Piazzolo	Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
Nr. 06-1* 7. - 11. 2.	Projektarbeit im neuen Hauptschullehrplan für Sozialkunde, Geschichte und Erdkunde Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen Leitung: Hampe	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr. 06-2 7. - 8. 2.	Politik an der Leine der Verwaltung? Ein Aspekt des Politikmanagements in Bund und Ländern Leitung: Denzer	Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
Nr. 06-3 9. - 11. 2.	Ethik und Sozialarbeit Arbeitskreis Ethik mit der LAG im DBSH Leitung: Diemer	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr. 06-4 11. - 12. 2.	Berliner Perspektiven - Deutschland vor dem 21. Jahrhundert In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Rundfunk Leitung: Oberreuter	Sekretariat: Dagmar Hoerstke Tel. 08158/256-47
Nr. 07-1* 14. - 18. 2.	Föderalismus und Regionalisierung Aktuelle Entwicklungen in Europa Leitung: Oberreuter/Kranenpohl	Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
Nr. 07-2 14. - 18. 2.	Politik kritisch hinterfragt Interview- und Kommunikationstraining für Journalisten In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau Leitung: Schröder	Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Nr. 07-3*	Constructing Identities: Self, Group, Nation Jahrestagung der Sektion Geschichte in der Deutschen Gesellschaft für Amerikastudien Leitung: Gorsch/Wala	Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
Nr. 08-1*	Sozialer Wandel und Sozialstaat Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen Leitung: Willenborg/Münchenbach	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr. 08-2*	Aktuelle Fragen zur politischen Bildung Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen Leitung: Weber/Schorm	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Haben Europas christlich-demokratische Parteien eine Zukunft?

Nr. 8-3, 25. - 27. Februar 2000	Leitung: Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter, Dr. Uwe Kranenpohl	Sekretariat: Dagmar Hoerstke Tel. 08158/256-47
Tagungsgebühr: DM 150,-		

Die rot-grüne Bundesregierung hat die ersten Kalamitäten ihrer Amtszeit zwar schon hinter sich, doch scheint die christlich-demokratische Partei europaweit gesehen ein Auslaufmodell zu sein. Zumindest ist sie in keinem größeren europäischen Staat (von Spanien abgesehen) in Regierungsverantwortung.

Die italienische Democrazia Christiana, die Jahrzehnte eine Hegemonialstellung einnahm, ist gar in eine Vielzahl christlich-demokratischer Kleinparteien zerfallen. Stellt dieser Parteientyp ein Auslaufmodell dar oder welche Zukunft haben die christlich-demokratischen Parteien?

Nr. 08-4*	Neuere Didaktik der Soziologie Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen Leitung: Weber/Münchenbach	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50 ???
-----------	---	---

März

Nr. 10-2	Schuld und Verantwortung Die Aufgabe der Ethik in der Diskussion der Vergangenheit Leitung: Diemer	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr. 10-3	Illegal Migration und Schleusung Internationales Kolloquium in Kooperation mit dem Europäischen Forum für Migrationsstudien Bamberg und der Georgetown University Washington Leitung: Gorsch/Willenborg	Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Nr. 11-1* **Bürger und Demokratie in Deutschland**
13. - 17. 3. Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Kranenpohl/Holz Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Nr. 11-3 **Erziehung zur "sozialistischen Persönlichkeit" in der DDR - Reaktionen, Folgen, Nachwirkungen**
17. - 19. 3. Leitung: Weber Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Globalisierung: Am Ende von Demokratie und Politik? Im Rahmen der offiziellen Veranstaltungen BAYERN 2000 zum Jahrtausendwechsel

Nr. 12-2, 24. - 26. März 2000 **Leitung:** Prof. Dr. Dr. h.c.
Tagungsgebühr: DM 150,- Heinrich Oberreuter,
Dr. Uwe Kranenpohl Sekretariat: Dagmar Hoerstke Tel. 08158/256-47

Das „Ende der Demokratie“ prognostizierte Anfang der neunziger Jahre Jean-Marie Guéhenno angesichts der unübersehbaren Tendenzen der Globalisierung – und auch andere Publizisten und Wissenschaftler stimmten ihm zu. Nicht zu bezweifeln ist, dass die nationale Politik ihre Steuerungsfunktion gegenüber den anderen sozialen Sek-

toren nicht mehr so einfach wie in der Vergangenheit gelten kann. Ist damit der Staat aber bedeutungslos geworden? Und wie steht es mit der legitimen Forderung der Bürger, den Kurs des Gemeinwesens demokatisch mitzubestimmen? Stehen wir tatsächlich am Ende von Politik und Demokratie?

Nr. 13-1 **Die hartnäckige Armut - Mindestsicherung, Bürgergeld, Sozialhilfe**
28. - 30. 3. Internationale Reformdiskussionen über das unterste Netz
Leitung: Grosch/Willenborg Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53

April

Nr. 14-1* **Wohlstand ohne Wachstum?**
3. - 7. 4. Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen
Leitung: Hampe/Grunick Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Nr. 14-2* **Polizei und Gesellschaft**
4. - 6. 4. In Zusammenarbeit mit der Deutschen Polizeigewerkschaft
Leitung: Weber Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Nr. 14-3 **Bildung und Erziehung: Diktaturen im Vergleich**
7. - 9. 4. Leitung: Oberreuter/Kranenpohl Sekretariat: Dagmar Hoerstke Tel. 08158/256-47

Nr. 15-1 **Menschen in der flexiblen Arbeitswelt - Datenschutz und neue Unternehmenskulturen**
10. - 12. 4. Leitung: Piazolo Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Nr. 15-2 11. - 12. 4.	Religionsunterricht und Integration Leitung: Diemer	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
Nr. 15-3 13. - 14. 4.	Neue Leitbilder in der Bildung - Chancen eines Aufbruchs? Leitung: Piazolo	Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53

Soziale Ungleichheit in der DDR

Zu einem tabuisierten Strukturmerkmal der kommunistischen Diktatur
Offene Fachtagung in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Deutschlandforschung

Nr. 16-1, 17. - 20. April 2000 Tagungsgebühr: DM 160,-	Leitung: Jürgen Maruhn PD Dr. Dr. Lothar Mertens	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
---	--	--

„Im Kapitalismus herrscht Ausbeutung des Menschen durch den Menschen; im Sozialismus ist es umgekehrt“, so lautet einer der vielen Sprüche und Witze, die seinerzeit in der DDR-Bevölkerung kursierten. In der ökonomischen Despotie des Kommunismus sorgte ein vielschichtiges Privilegiensystem für jenes Maß an Ungleichheit, das zur Schaffung und Pflege einer das System stützenden Oberschicht, einer auch ökonomisch herrschenden Klasse, benötigt wurde. Der daraus resultierende gesellschaft-

liche Antagonismus verschärfte die allgemeine Krise des Kommunismus, die schließlich im Untergang des Systems mündete.

In dieser Tagung sollen Elemente der nach 1917 einsetzenden und in den fünfziger Jahren erheblich verstärkten Sozialkritik am kommunistischen Herrschaftssystem erörtert und neuere empirische Forschungsergebnisse vorgebracht werden.

Nr. 17-1 25. - 28. 4.	Die politische Rolle des Lehrers in der demokratischen Gesellschaft In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverband Leitung: Grosch	Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50
--------------------------	---	---

Nr. 17-2 25. - 27. 4.	Die Europäische Union vor der Erweiterung - Eine Option für das ehemalige Jugoslawien? Leitung: Piazolo	Sekretariat: Nadja Riewendt Tel. 08158/256-53
--------------------------	---	---

Ideologie kontra Wertorientierung

Die unausweichliche Jahrhundertkonfrontation von Kommunismus und Sozialdemokratie
Offene Fachtagung in Zusammenarbeit mit der Kurt-Schumacher-Gesellschaft e.V.

Nr. 17-3, 28. - 30. April 2000 Tagungsgebühr: DM 120-	Leitung: Jürgen Maruhn Dr.h.c. Annemarie Renger	Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46
--	---	---

Die Konfrontation der politischen Systeme in Europa ist zugunsten der offenen demokratischen Gesellschaft zu Ende gegangen. Dabei offenbart sich in der deutschen Öffentlichkeit ein mangelhaftes Bewußtsein für die grundsätzliche Orientierung der Demokratie und ihrer tragenden Parteien. So verwundert es nicht, wenn antidemokratische Strömungen, extremistische und radikalpopulistische Parteien hieraus Nutzen ziehen und sich mit dem Schein einer Kompetenz für Grundwerte der Demokratie umgeben.

Aufgabe politischer Bildung ist es, den Oberflächen-

erscheinungen der Tagesauseinandersetzung auf den Grund zu gehen. Am gewählten Themenbeispiel soll die vor psychischer und physischer „Vernichtung des Feindes“ nicht Halt machende Auseinandersetzung bis zum historischen Schisma von russischen Bolschewiki und Menschewiki am Beginn des 20. Jahrhunderts zurückverfolgt werden. Begriffe müssen geklärt, die gegensätzliche Vorstellung von Politik und vom Menschen beschrieben werden. Ziel ist eine Klärung der Maßstäbe, die sich aus dem Unterschied zwischen einer ideologischen und einer offenen, an Grundwerten orientierten Sicht ergeben.

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTOR

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter wurde auf Vorschlag des Kuratoriums vom bayerischen Ministerpräsidenten für weitere sechs Jahre zum Akademiedirektor ernannt.

Vom Bayerischen Landtag wurde er als Sachverständiger in die Enquete-Kommission „Reform des Föderalismus - Stärkung der Landesparlamente“ berufen.

Vorträge und Diskussionen bestritt er u.a. in Schweikenberg (Hochschulakademie der KEG), Prien (Seminar der Landeszentrale für politische Bildung zum 50. Jubiläum der Bundesrepublik), Fulda (Wirtschaftsgilde im ND), Potsdam (Görres-Gesellschaft), Atlanta (German Studies Association), Wien (Pol.Akademie).

KOLLEGIUM

Dr. Uwe Kranenpohl hat im Wintersemester 1999/2000 einen Lehrauftrag „Recht und Politik“ an der Universität Passau übernommen.

Dr. Michael Piazolo hat an der Universität Augsburg den Lehrauftrag „Aktuelle Herausforderungen für die Europäische Union“ übernommen. An der Hochschule für Politik in München bietet er ein Proseminar zum Thema „Die Rolle von Menschenrechten in der internationalen Politik“ an. Er wurde zum Vorsitzenden der Europa-Union Deutschland, Bezirksverband München, gewählt.

Dr. Michael Schröder hielt auf Einladung des Goethe-Instituts in Oslo ein Seminar vor norwegischen Lehrern über die Wende in der DDR 1989 und die Bilanz des deutschen Vereinigungsprozesses nach zehn Jahren.



Verleihung des Bayerischen Verdienstordens an Akademiedirektor Heinrich Oberreuter durch Ministerpräsident Edmund Stoiber

Foto: FACES by FRANK

VERWALTUNG

Belinda Bachmann ist seit 1. September als Auszubildende für den Beruf der Kauffrau für Bürokomunikation in der Akademie für Politische Bildung.

Der Zivildienstleistende **Florian Schwatlo** hat seinen Zivildienst in der Akademie beendet. Sein Nachfolger ist ab 2. November **Mario Cetti**.

Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)

Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name..... Vorname.....

Straße.....

PLZ..... Ort.....

Tel..... Fax.....

Beruf/Institution..... Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing